Heimig

Von: Heimig [Heimig@t-online.de]
Gesendet: Dienstag, 17. Mai 2016 15:18
An: angela.merkel@bundestag.de; angela.merkel@wk.bundestag.de; internetPost@bundesregierung.de; info@cdu.de; presse@bpra.bund.de; poststelle@bpra.bund.de; bundespraesidialamt@bpra.bund.de; Seehofer; Seehofer; Steinmeier ; thomas.demaiziere@bundestag.de; mail@bundestag.de
Betreff: .*"Wir sorgen dafür das du Juden-Sau ... keinen Kredit mehr bekommst"
Anlagen: PDF 1 Hakenkreuz [ZV Nachricht AG Hanau] Vordr. AG Ffm.pdf; PDF 2 AG Präsident Fischer Ffm. ist empört!.pdf; PDF 03 an LOStA "wir sorgen dafür dass du Judensau...".pdf; PDF 4 Zum Morden muss man nicht töten.pdf

Peter Heimig z. Zt. krankheitsbedingt A-5771 Leogang – Rain 52Österreich heimig@aon.at

Offener Brief

…*"*Wir sorgen dafür das du Juden-Sau* (Fußnote 1) *... keinen Kredit mehr bekommst"*

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin und Abgeordnete für Rügen Dr. A. Merkel!
sehr geehrte Frau Amtsgerichts -Direktorin Ulrike Kollwitz (Amtsgericht Stralsund),

Klarstellung:
Ich will mich am Anfang dagegen in aller Form verwehren, gegen Unterstellungen –

dass meine Banken in Verbindung mit den „Tarnkappen-Nazi“ Aktionen s. Betreff zusammenhängen könnten – ich werde auch strafrechtlich gegen solche Unterstellungen vorgehen.

Der o. g. Betreff dieses Briefes stammt aus einer *Anzeige* meiner Rechtsanwälte - 2009 an LOStA Elisabeth Opitz (Internet) am Amtsgericht Hanau – Hessen s. **pdf 3**

ev. weiterlesen pdf 4

Pdf 4

(Anmerkung: "...zum Morden muss man nicht töten") Darf Peter Heimig BK Merkel „anklagen“? Lt. FAZ (Dieter Wenz 25.2.97) getitelt: " Sizilien ist nichts dagegen - das Hauen und Stechen um Baugrund auf Rügen (im Wahlkreis Merkel) Kein R2P u. Diskriminierung.1991-2016 + „Ende“. Die Zeit – über 24 Jahre - musste es beweisen.

(z. B. Nr. 56 http://docplayer.org...)

Frau BK Merkel stoppen Sie (R2P) *mit Ihrer Macht* sofort diesen Wahnsinn! Oder anders gesagt ansonsten wird das Fanal von Oskar Brüsewitz...

Mit freundlichen Grüßen
Peter Heimig (76)
Vormals Founder of Tax Free Shopping Europe Heimig
heimig@aon.at
www.peter-heimig.com
google: „peter heimig breege“
(Rügen kann so teuer sein wie München –
wenn man es erlebt)

Alle Angaben ohne Gewähr. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Hinweis auf Links: Mit Urteil vom 12. Mai 1998 hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man durch die Ausbringung eines Links die Inhalte der gelinkten Seite ggf. mit zu verantworten hat. Dies kann – so das LG nur dadurch verhindert werden, dass man sich ausdrücklich von diesen Inhalten distanziert. Wir haben auf verschiedenen Seiten dieser Information (bzw. Homepage) Links zu anderen Seiten im Internet gelegt, Hinweise auf mögliche Links genannt bzw. Pressehinweise und andere Hinweise gegeben. Wir erklären für all diese Hinweise bzw. Links uam. ausdrücklich, dass wir keinerlei Einfluß auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten bzw. Pressehinweise, Literaturinhalte etc. haben, dies gilt auch für die Inhalte der erwähnten Literatur uvm. Wir distanzieren uns hiermit ausdrücklich von allen Inhalten sämtlich gelinkter Seiten auf dieser Homepage bzw. dieser ausgedruckten Information und machen uns deren Inhalte nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle auf unserer Homepage bzw. ausgedruckten Links. Wir übernehmen ausdrücklich keine Haftung für irgendwelchen direkten, indirekten Schäden, Folgeschäden oder sonstige Schäden, die sich aus der Nutzung oder einer damit angebotenen Informationsmöglichkeiten ergeben.

Disclaimer: With respect to the decision handed down by the regional court in Hamburg on May 12, 1998 — # 312 085/98 entitled "Liability With Respect to 'Links'" — it was decided that websites which incorporate on their own webpages 'links' to other websites, are equally liable for the contents of those websites to which they have created said 'links'. Such liability can be avoided only by means of an express statement by the website creating the 'link' that it distances itself completely from any and all content that may be found on the website to which it has created said 'link'. As such, "we hereby distance ourselves completely from any and all contents which may be found on any and all websites to which we have created 'links' on our own website. We declare that we have no connection whatsoever to such websites or their respective contents and that the owners of such 'linked to' websites are solely responsible for the contents of their websites".

Sofern Sie in Zukunft keine E-Mail von mir erhalten möchten, bitte ich dies mit Angabe Ihrer E-Mailadresse mitzuteilen. Den Erhalt und Streichung auf der Liste bestätige ich Ihnen in jedem Fall , besten Dank!

Faksimile

19. Februar 2016

Gesamtabwicklung Peter Heimig

ausgefertigt. Die vorstehende Kopie [illegible]
Urkunde.

Frankfurt am Main, 28.09.12
Amtsgericht, Abt. 1

(als) Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

AMTSGERICHT FRANKFURT AM MAIN

Vorstehende fünfte –dritte vollstreckbare- Ausfertigung wird auf der Gläubigerseite umgeschrieben und wegen der dinglichen Ansprüche auf das Kapital nebst Nebenleistungen und Zinsen seit dem 02.07.1973 bezüglich dem Recht Abt. III Nr. [illegible] der

VR Bank Main-Kinzig-Büdingen eG, Büdingen

gegen

Herrn Peter Heimig, geb. am [illegible].07.1939

zum Zwecke der Zwangsvollstreckung
aus dem Grundpfandrecht eingetragen im Grundbuch
von Kilianstädten, Blatt 4372, Amtsgericht Hanau

und wegen der dinglichen und persönlichen Ansprüche auf das Kapital nebst Nebenleistungen und Zinsen seit dem 02.07.19[illegible] bezüglich der Rechte Abt. III Nr. 2 und Nr. 3 der

VR Bank Main-Kinzig-Büdingen eG, Büdingen

gegen

Herrn Peter Heimig, geb. am 10.[illegible].1939

zum Zwecke der Zwangsvollstreckung
aus der persönlichen Haftung für das gesamte Vermögen
und aus dem Grundpfandrecht eingetragen im Grundbuch
von Kilianstädten, Blatt 4372, Amtsgericht Hanau

Zell am See, am 14. 05. 2016

[illegible]rteilt.
Die Rechtsnachfolge auf Gläubigerseite hinsichtlich der persönlichen Ansprüche ergibt sich aus der Abtretungserklärung der Raiffeisenbank Schöneck eG vom 25.05.1988 und der Abtretungserklärung des Herrn Peter Heimig vom 25.05.1988 in Verbindung mit der der Vorlage der Grundschuldbriefe des Amtsgerichts Hanau vom 12.07.1973, Gruppe 02, Nr. 1605628, vom 22.01.1975, Gruppe 02, Nr. 2413990, vom 09.01.1980, Gruppe 02, Nr. 7013892.
Die Rechtsnachfolge auf Gläubigerseite hinsichtlich der dinglichen Ansprüche ergibt sich aus der Eintragung der Abtretungen in oben genanntem Grundbuch.
Die vollstreckbaren Ausfertigungen sind [illegible]nommen; der Schuldner wurde gehört.

Frankfurt am Main, 28.09.12
Amtsgericht, Abt. 1

pdf 1

Amtsgericht Frankfurt am Main
Der Präsident

HESSEN

Amtsgericht Frankfurt am Main · Der Präsident · Frankfurt am Main

Herrn
Peter Heimig
A 5771 Leogang
Rain 52

Österreich

Aktenzeichen:	1 AR 36/16
Dst.-Nr.:	0264
Bearbeiter:	Herr Höhl
Durchwahl:	(069) 1367 - 2266
Fax:	(069) 1367 - 2308
E-Mail:	Verwaltung@ag-frankfurt.justiz.hessen.de
Ihr Zeichen	
Ihre Nachricht vom	
Datum:	14. April 2016

Ihre Anzeige gegen Unbekannt
Ihr Schreiben vom 01. April 2014

Sehr geehrter Herr Heimig,

nach Prüfung des Sachverhaltes muss ich Ihnen mitteilen, dass ich Ihre Anzeige zuständigkeitshalber an die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main übersandt habe.

Ebenso wie Sie bin ich empört darüber, dass ein von hier gefertigtes Schreiben mit einem Hakenkreuz versehen und Ihnen zugeschickt wurde. Leider konnte ich nicht feststellen, wie dieses geschehen ist. Die beiden Sachbearbeiter meines Hauses konnten keine Erklärung dafür abgeben, wie und wann die Verunstaltung des hier ordnungsgemäß abgesandten Schreibens erfolgte.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Höhl

60313 Frankfurt am Main · Gerichtsstraße 2
Telefon (069) 1367-01 · Telefax (069) 1367 - 2030

Haltestelle: Konstablerwache

Die Einreichung elektronischer Dokumente ist in den zugelassenen Verfahren möglich,
siehe http://www.ag-frankfurt.justiz.hessen.de

pdf 2

[redacted]
Rechtsanwälte- Fachanwalt* [redacted]

[redacted]

[redacted]

An die
Staatsanwaltschaft beim LG Hanau
Katharina Belgica Str. 22b

63450 Hanau

[redacted]
24/06/2009
Heimig Beratung
(Aktenzeichen bitte stets angeben)

Verfahren zum Nachteil von Peter Heimig

Wegen § 242 StGB

Az: 9 Ujs [redacted]

Sehr geehrte Frau Oberstaatsanwältin Reckwell,

nehmen wir namens und in Vollmacht unseres Mandanten wie in unserem Schriftsatz vom 12.06.2009 angekündigt Stellung.

Unser Mandant hat Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Diebstahls eines Geldbetrages über 250.000 € am 04.08.07 bei der Staatsanwaltschaft Hanau, zu Händen Frau Oberstaatsanwältin Opitz, per Einschreiben und per Fax gestellt.

Da unser Mandant keine Eingangsbestätigung erhielt wiederholte er diese Anzeige nochmals mit Einschreiben und Fax am 14.08.07. Jetzt am 14.05.2009 wurde nunmehr endlich eine konkrete Anzeige unseres Mandanten von PHK Roß aufgenommen. Unser Mandant hat hier nochmals plauslibel dargelegt, wieso er soviel Geld bar im Haus hatte, dass er bis vor kurzen äußerst liquide war und deshalb ohne große Schwierigkeiten einen so hohen Geldbetrag zu seiner persönlichen Sicherheit bei sich bar behalten konnte, ohne in

Zahlungsschwierigkeiten zu kommen. Er hat auch plausibel dargelegt, dass er sein Geld nicht jeden Tag im Tresor gezählt hat, sondern dass er den Tresor zur Aufbewahrung des Geldes wie auch wichtiger Dokumente benutzt hat. So wurde der Tresor regelmäßig aber in meist größeren Abständen von unserem Mandanten geöffnet, um Unterlagen hineinzutun oder zu entnehmen.

Sofern Sie bzw Herr Hauptkommisar Roß trotz ausführlicher Befragung von unserem Mandanten zu den Vorgängen der Anzeige an die leitende Oberstaatsanwältin Opitz vom 04.08.07 und 14.08.07 weitere Fragen haben, ist unser Mandant jederzeit gern bereit in jeder Form von Nachforschungen mitzuwirken.

Nach seiner Meinung ist die Person, die als „Handy-Man" in den Akten mehrfach als Täter genannt wird, eine „Schlüsselperson". Nachdem unser Mandant am Montag, den 09.02.09 ein Notariat gegenüber des Amtsgerichts in Hanau zwecks Beurkundung aufgesucht hatte, wurde er von diesem Handy-Man mit der aussage konfrontiert:

„Wir sorgen dafür dass Du Judensau
keinen Kredit mehr bekommen wirst!"

Der Vorgang ist durch einen Schriftwechsel m[redacted] – Schreiben vom 12.02.09, gesendet 13.15 Uhr- wegen der Kreditfragestellung festgehalten.

Unser Mandant hatte –leider erfolglos- versucht ein Phantombild über diesen Täter (Handy-Man) herstellen zu lassen. Hierzu hat er das LKA Mainz kontaktiert, da er dort von einem Zeichner gehört hatte, der extreme Erfolgsraten bei der Herstellung von Phantombildern aus vagen Erinnerungen hatte. Da unser Mandant mehrfach mit eben diesem Handy-Man Kontakt hatte, dies aber jedes Mal in äußersten Streßsituationen, hoffte er dort mit seiner Hilfe ein Phantombild anfertigen zu können. Dies wurde jedoch –wegen angeblicher Unzuständigkeit- von dem LKA Mainz abgelehnt.

In dem Schreiben unseres Mandanten vom 15.05.09 bzw 20.05.09 in Ergänzung zu seiner Befragung am 14.05.09 stellt unser Mandant ebenfalls noch einmal die

Problematik dar, dass bereits verschiedene Täter unseren Mandanten in den 20 Jahren wegen des Grundstücks auf Rügen bedroht haben. Dies geht aus meiner Ihnen vorliegenden Anzeige für unseren Mandanten vom 02.11.2004 an die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main, Az: 756 UJS 144172/04 hervor, wie ich aus der Akteneinsicht Ihrer Behörde ersehen konnte. Um Wiederholungen zu vermeiden, bitte ich diese Akte, die ihnen auch als CD vorliegt, einzusehen.

Ebenfalls wurde von unserem Mandanten nochmals daraufhin gewiesen, dass bereits Dr. Christian Koller (Richter am Amtsgericht Hanau), damals als Rechtsanwalt für unseren Mandanten tätig, auch diesen Zusammenhang hergestellt hat, dem jedoch auch damals nicht nachgegangen wurde. Fest steht, dass nicht nur unser Mandant, der als westlicher Investor aufgrund seiner Investortätigkeit auf Breege Rügen derartigen gehäuften Angriffen ausgesetzt ist, alleine betroffen ist, sondern es vor ihm bereits mehr als einer handvoll westlicher Investoren(wie Dr. Hempel, Familie Neuen uva) genau gleich ergangen ist. Erstaunlich ist, dass sich dennoch bisher keine Behörde veranlasst fühlte, eben dort vor Ort auf Rügen zu ermitteln.

Es wurde bereits in sämtlichen angezeigten Verfahren auch die Verfahren der weiteren betroffenen Unternehmer benannt. Es wurde jedoch von keiner Behörde bisher eine Querverbindung und Verknüpfungen der Parallelfälle gezogen, um auffällig gleiche Verfahrensmuster herauszufiltern, die wiederum zu den immer gleichen handelnden Personen im Hintergrund führen. Eine Verdichtung der Zufälle bei verschiedenen Betroffenen, die immer wieder zu den gleichen handelnden Personen führen, bieten durchaus einen Anlaß zu ermitteln.

Wie Sie wissen hat unser Mandant, da er von Frau Oberstaatsanwältin Opitz keine Polizeiaktennummer über den Diebstahl seines Barvermögens erhielt, die als Voraussetzung für die Schadensmeldung bei seiner Versicherung aber gefordert wurde, sich zweimal diesbezüglich an Frau Generalbundesanwältin Harms gewandt. Die entsprechenden Antwortschreiben liegen vor. Er hat auch bei Herrn Fromm, Präsident vom Bundesamt für Verfassungsschutz BfV diese Anzeige aktenkundig gemacht.

Nunmehr liegen zwischen Anzeige des Diebstahls und der tatsächlichen Bemühung Ihrerseits, in der Angelegenheit zu ermitteln, knapp zwei Jahre. [redacted]

Unser Mandant wird systematisch ausgeblutet und kann nur hoffen, dass der Insolvenzverwalter mehr Glück bei der Verhandlung mit den Banken hat. Auch dieser Umstand ist in den Parallelfällen der westlichen Investoren allgemein zu verfolgen gewesen, doch unser deutsches Rechtssystem ist nicht in der Lage ehrbare und rechtschaffene Unternehmer in unserem Land vor derartigen kriminellen Machenschaften zu schützen. Besonders bitter ist es, dass unser Mandant seit vielen Jahren anhand der Parallelfälle sieht, wie sein wirtschaftliches Ende kommen wird und trotz seiner angestrengten Bemühungen es nicht verhindern konnte.

Letztendlich ist unser Mandant dem endgültigen Ruin durch die Untätigkeit ihrer Behörde anheim gefallen. Auch in dem vorliegenden Fall wird unser Mandant keine Personenangabe mit Vor – und Zunamen sowie Adresse angeben können, so dass auch dieses Verfahren wie all die vorherigen im Sande verlaufen wird.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Suche... Suchen Anmelden (/login/) Registrierung (/register/)

ABCD C EF A B C D BCC E E A B C DEF F D ABBACD EFA C C C D C DEF D D E C ABC DCAD E

Heimig

Von: Heimig [Heimig@t-online.de]
Gesendet: Sonntag, 1. September 2013 15:50
An: A. Merkel; angela.merkel@wk.bundestag.de; A. Merkel CDU ; Bund Bundespräsidialamt BPrA; internetpost@bundeskanzlerin; angela.m Presse bpra.bund
Betreff: WG: ""Institutionelle Morde" NSU ? u.a.
Anlagen: 01 NSU-Opferanwälte kritisieren Untersuchungsausschuss FAZ 22. 'amtl. attestiert= aus politisch motivierten Einflussnahmen '28.12.20 Rechtsanwälte an Staatsanwaltschaft Hanau.pdf; 04 Leitende Ober Durchschlagende Vorkämpferin für Rechte 31.8.2006.pdf; 05 Leiten Marburgs Elisabeth Opitz nach Hanau versetzt 2006_10_03.pdf; 06 Bürgermeister von Breege Rügen.pdf; 07 Gutachterliche Stellungna 2005.pdf; 08 Landratin Kassner PDS 'aus politisch motivierten Einflu 09 Schreiben Heimig= NSU vorausgesagt 2009_01_09 P.pdf; 10 SE Dossier zum besseren Verständnis.pdf; 11 Zum Thema LINKS www

Offener Brief an *zur Zeit* : BP Gauck – BK Merkel u.a.m.

„*Institutionelle Morde" NSU ? u. a.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck, vormals Beauftra **BEHÖRDE,**

sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin und Bundestagsabgeordn

Datenschutzinfo ▶ Rügen ▶ Auf Rügen ▶ CD Player

SHARE HTML DOWNLOAD

0

Beate Meissner (/user/9957275/) vor 6 Monaten Abrufe 1

Kommentare

0 Comments Sort by Oldest

Add a comment...

Facebook Comments Plugin

Transkript

▷ Datenschutzinfo
▶ Insolvenz Anwalt
▶ Anwalt Rechtsanwalt
▶ Baurecht Rechtsanwalt

1 A ABCD C EF A B C D BCC E E E D C D E D E CF EF E D CF F D CF F D C C B CF C D C C D E D E CF EF E CF F D C BC DD B F E E E A C D C C C E E E F C DE BD B C C D C C E E E F C D C C D C E F CF C D C D CF B C E E E F CF C D C D C C E F C D C BC CE F D DD C C D BC E F CF C C BD B C C D C C E E E F C B E F A C DA B C CFC E F EE F A B C DEF F D ABBACD EFA C C C D C DEF D D D F D D F D D DE D D E D D D E DE E D B B E D B D E D A F DF DE E D D E E D E D D D F D E E E E E DFD D E D E D F E D F D F D E D E D E E B B A E E D E E D D B D E D D D DE E F E B D E C B D D ABC DCAD E

2 A A E A BCD E F F F E F C A F FC C C A BC F BF F F F F F C B C C A F C C B C F CF F C F C F A BC F F F F C A BC F CC C C B C C A BC C B B CF F F BF F CC C A F F F F C F F F A F F CF C F C B F C F BF F C C C BF F C F F C B F C C BF A BC C B B F BF BF C C CF C C F F F F C B F C D F C F F F C F F E F F A F F C F F A BC F C F F C F C F F C BC F F C F C F F FC F C C F C F F F C BC F C CC CF F F F C F F F B F F F CF C FC F F F F F F C F F F C F C B C C CF C C F F FC C F C F F BC C F F F F FC F C C F C F C F F FC F F F C C B F C F C C C C F F FC F C F C ABC DCAD E

3 B BC C CE D C C B EFFF EF B BC C C D C C ABCCDEFF C CF D A CB A A B BC A A C AA F ABCCDEFF F F F F BCCDEFF CF C FD C F B BC C C A BC DE DFE B D C C B B BC F A C AA CB A A B BC A A F ABC AD AEF A C EA C A A C A A A C A A C A C A A A A AAE A A A A A A A A AE A A A A A A A A A A AC AE A A A A A A B A B C C D C CB C CB E A A A A A AE A A A A C A A A AE A A A A A A A A A A A A A A A A A B A A A A A AE AB A A A A A E A A A B A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A AB A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A AB A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A AE A A A A E A A E A A A A A A A A A A A A A A A AE AB A A A A A A A A AD A A A A A A A A A A A C A A A A A

4 B BC C CE D C C B EFFF EF B BC C C D C C CB B C C B C B A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A AB A A A A A A A A A B A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A E C A A A A A A A A A A A A A A A AB A A A A A A A A A A A A A B A AB A A A A A A A A EA A A A A A A A A A A AE A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A E A A A A A A E A A A AB A A A A A A A A A A A ABC DEFA A E A EA A A A A A A AB A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A AD A A A A A A A A A A A A A A A A E A A A A A A A AB A A A A A A A A A AD A A A A A A A A A AE A A A E A A A A A A A A AE A A A A A A A A A A A A AC A A A AE A A A A A A A A A B A A A A A A A A A A A A A A A A E AB A A A A A E A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A A E A A A A A A A A A A A A A A A

5 B BC C CE D C C B C A A A A A AE A A A A AE A A A E A A A A A AB A A A A A D A A A A A A A A A A A A A A A A A A E A A A A A A A A A A C C C BBCB C C C C B C C C C C C CB CE C BEC CB B C EC C BC C BE C C C C CB EFFF EF B BC C C D C

6 Seite 1 von 7 Heimig Von: "Heimig" <Heimig@t-online.de> An: "angela.merkel@bundestag.de" <angela.merkel@bundestag.de>; <angela.merkel@wk.bundestag.de>; "FDP-Kreisverband Wetterau" <post@fdp-wetterau.de>; "Hahn, Jörg-Uwe Justizminister Hessen" <j.hahn@ltg.hessen.de>; <info@cdu.de>; <internetpost@bundeskanzlerin.de>; "internetpost@bundesregierung" <InternetPost@bundesregierung.de>; "Jörg-Uwe Hahn" <redaktion-internet@hmdj.hessen.de> Gesendet: Montag, 28. Dezember 2009 14:36 Einfügen: Foto von P. Heimig nach Überfall.pdf Betreff: amtlich attestiert: "aus politisch motivierten Einflussnahmen" Offener Brief an Justizminister Hahn 28.12.2009 Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin und Bundestagsabgeordnete für Rügen A. Merkel, sehr geehrter Herr Aussenminister Westerwelle, sehr geehrte Frau Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, sehr geehrter Herr Justizminister Jörg Uwe Hahn! Beigefügten PDF-Anhang: 'Foto P.Heimig nach Überfall' finden Sie auch unter www.peter-heimig.com Peter Heimig's Pressekommentare Nr. 94 vom 9.11.2009 PDF 5. Nachfolgend das Schreiben einer meiner Anwälte vom 3.12.2009 bzw. in Erinnerung meiner Schreiben an Ministerpräsident Koch, der diese unbeantwortet ließ wie die Schreiben der gemobbten Steuerfahnder an ihn. Diese Mail geht heute als Offener Brief u.a. auch an Frau BK Merkel, deren Wahlkreis seit 1990 die Insel Rügen ist, Bundestag, Bundesrat, EU, Presse- bzw. 2000 persönliche E-Mails; Versandprotokoll auf Anfrage. "An den hessischen Justizminister Jörg U. Hahn -Justizministerium- Ernst-Ludwig-Str. 3 55116 Mainz Sehr geehrter Herr Justziminister Hahn, mit Schreiben vom 27.03.2009 hatten wir bereits über die Problematik unseres Mandanten Peter Heimig berichtet. Unser Mandant hat 1991 ein Grundstück in Breege auf Rügen gekauft, worauf er einen Freizeitpark für ungefähr 100 Beschäftigte errichten wollte. Aus vielfachen Gründen konnte unser Mandant dieses Vorhaben nicht verwirklichen, vor allem aber wurde das Vorhaben von Seiten der dort involvierten Behörden und amtlichen Personen hintertrieben. Dass unser Mandant vor allem von staatlicher Seite her behindert wurde, haben wir Ihnen und vielen weiteren Stellen auch schon vorgetragen. Angesichts des hessischen Skandals, dass tüchtige Finanzbeamte durch falsche Gutachten ihre Arbeit verloren haben, weil sie unbequem waren, steht 26.01.2010

7 Seite 2 von 7 unser Mandant mit seinen Behauptungen, vor allem von staatlicher Seite her bewusst und massiv an der Verwirklichung seines Bauvorhabens gehindert worden zu sein, nicht mehr ganz unglaubwürdig da. Mittlerweile wurde unserem Mandanten in Zusammenhang mit seiner Unternehmung Familienpark auf Rügen auch sämtliche Barmittel durch den Diebstahl eines großen Geldbetrages entzogen. Der Diebstahl des Bargeldes aus einem besonders gut gesicherten Haus benötigt besondere Ausrüstung und Fachkenntnisse. Es deutet deshalb auch in diesem Zusammenhang daraufhin, dass hier von höherer Stelle, z. B. von den Stellen, die bereits über viele Jahre das Bauvorhaben unseres Mandanten auf Rügen verhindert haben, der Auftrag erteilt wurde, das Haus unseres

Mandanten zu durchsuchen. Der Verlust des Bargeldes führte dazu, dass unser Mandant einen Insolvenzverwalter im Rahmen der Privatinsolvenz beauftragen musste, der nun zu prüfen hat, ob das Insolvenzverfahren eröffnet werden muss. In diesem Rahmen wurden unserem Mandanten sämtliche gewährte Darlehen gekündigt und er muss nunmehr seine Grundstückswerte verkaufen. Vordringlich hatte er Bankdarlehen in Österreich zu befriedigen. Das Grundstück, welches er hierfür veräußern wollte, war mit drei verschiedenen Interessenten jedesmal schon soweit vorangeschritten, dass schriftliche Zusagen und Finanzierungsnachweise vereinbart waren. In allen Fällen jedoch kam es nicht zu dem gewünschten Abschluss, da die Interessenten kurz zuvor absagten. Dafür kam dann ein Vertrag zustande, der unserem Mandanten jedoch einen 40 % igen niedrigeren Erlös einbrachte. Es konnte somit nur der von der Bank offene Darlehensbetrag mit Bearbeitungsgebühren getilgt werden. Unmittelbar nach der Zusage der kreditgebenden Bank dem Verkauf zuzustimmen, wurde unser Mandant wieder einmal von dem ihm bekannten Handy-Man angeriffen und am Arm schwer verletzt. Der Handy-Man gab ihm mit auf den Weg, dass sich unser Mandant nicht noch einmal wagen sollte, irgendwelche Geschäfte zur Tilgung seiner Schulden zu tätigen, die in Zusammenhang mit Rügen bestehen. Der Vorfall wurde natürlich von unserem Mandanten angezeigt; auch ist er im Krankenhaus aktenkundig. Unser Mandant gibt nicht die Hoffnung auf, sondern hat nachdem bekannt wurde, dass durch falsche Gutachten unliebsame Steuerfahnder gezielt aus ihrem Amt durch staatliche Mitarbeiter befördert wurden, neuen Mut gefasst, dass vielleicht jetzt der Zeitpunkt ist, dass die von ihm um Hilfe gebetenen Stellen nunmehr doch noch seine zugegebener Maßen bisher unglaublich klingende Leidensgeschichte genauer untersuchen könnten. Dann würde zweifelsfrei festgestellt, dass unser Mandant keineswegs ein neurotischer Spinner ist, sondern ihm gezielt seine Lebensexistenz von staatlichen Stellen genommen wurde wie mehreren westlichen Investoren auf Rügen vor ihm. In Zusammenhang mit der nunmehr z.b. in der Frankfurter Rundschau 21/22 Nov. 2009 Die Geplante Zerstörung des Marco Wehner dargestellte Situation, in der durch Mitglieder der hessischen Finanzverwaltung Steuerfahnder gedemütigt, durch Mobbing gezielt krank gemacht und schließlich durch fingierte Gutachten für verrückt erklärt wurden, 26.01.2010

8 Seite 3 von 7 scheint der Vortrag unseres Mandanten nicht mehr völlig unglaubwürdig, dass bestimmte politische Gruppierungen auf Rügen/ Breege ihren Einfluss auf die zuständigen Behörden derart ausgeübt haben, dass viele westliche Investoren, wie zb unser Mandant, keine Chance erhalten, in Breege Bauprojekte zu verwirklichen, sondern vielmehr systematisch über Jahre durch behördliche Entscheidungen und kriminelle Machenschaften (versetzten von Grenzsteinen etc) ihrer persönlichen Vernichtung entgegen getrieben werden. Ähnlich wie bei den Steuerfahndern wurde unserem Mandanten durch das Polizeipräsidium Mittelhessen Polizeidirektion Wetterau Polizei Bad Vilbel nachdem er am 10.08.2007 VNr. St/0949770/2007 nach einem Überfall auf unseren Mandanten bei dieser amtlichen Stelle den Vorfall mehrfacher Körperverletzung, die einwandfrei ärztlich festgehalten wurde, vermerkt, dass bei dem Anzeigenerstatter (unserem Mandanten).. nach sehr vorsichtiger Einschätzung das Vorliegen eines Wahndelikts nicht ausgeschlossen werden kann. (Anm.: erst nach Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft dies bekannt wurde und dazu ein Vermerk: "daß eine vertrauliche Akte besteht, die den Anwälten von Heimig nicht zugänglich zu machen ist) Während im aktuellen Steuerfahnderskandal die staatlichen Steuerfahnder unbequem wurden, weil sie von scheinbar protektionierten Personen dem Staat zustehende hunderte von Millionen eintreiben wollten und deshalb aus Angst vor unliebsamen politischen und weitergehenden Folgen von einflussreichen Politikern sowie hohen staatlichen Beamten daran gehindert wurde, ist unser Mandant neben der Tatsache, dass er als westlicher Investor in Rügen unliebsame und dort politisch nicht gewünschte Geschäfte machen wollte, auch noch durch eine weitere Unbequemlichkeit aufgefallen, an der er gehindert werden musste. Er hat nämlich bei Frau Birthler am 24.02.2006 aus reinem Interesse nachgefragt, wo denn die 480 Millionen der Stasi-Firma Novum in Wien verblieben wären. In dem Buch von Andreas Förster Auf der Spur der Stasi-Millionen- Die Wien Connection, wird die hier von unserem Mandanten angesprochene Verquickung ausführlich dargestellt. Der Kommunistischen Partei Österreichs wurde das angesprochene Geld von allen Gerichten die damit befasst waren, endgültig aberkannt (OVG 3 B 12.96; VG 26 A 789.92 http://www.berlin.de/sen/justiz/gerichte/ovg/3b12_96.html). Unser Mandant wagte sich in seinem Schreiben 2006 an Frau Birthler hier nachzufragen, ob nun die Eintreibung dieses Geldes, welches eigentlich der Bundesrepublik Deutschland zustehe, weiterbetrieben werde. Daraufhin erhielt unser Mandant umgehend eine Morddrohung, mit der Botschaft, dass er hier keine weiteren Nachforschungen anzustellen habe. Unser Mandant konnte in diesem Zusammenhang auch nachweisen, dass dieses Geld interessanterweise bei einer bestimmten Partei auf Rügen für eine Feriensiedlung bei der London LTd. zwischen geparkt wurde. Nachdem die Ländrätin Kasser das Rechtsamt auf Rügen aufgelöst hat, wurden viele Millionen dieser Gelder in den Jemen an Arabische Prinzen transferiert. In Verbindung mit diesen veruntreuten Geldern wurden später sogar durch das 26.01.2010

9 Seite 4 von 7 Gericht in Oldenburg Freiheitsstrafen verhängt. Die in diesem Zusammenhang erlebte Morddrohung wurde von unserem Mandanten angezeigt und damals jedenfalls von den Sicherheitsbehörden nicht als Wahndelikt abgetan, sondern durchaus ernst genommen. Unser Mandant sieht in diesem Vorgang auch den Ausgangspunkt für die später erfolgte Anbringung eines Davidsterns am 9.11.2008 an seinem Haus in Schöneck als Zersetzungsmaßnahme gegen ihn. Die Frankfurter Neue Presse berichtete darüber am 16.01.2009 unter der Überschrift Wer hat den Schmierfink gesehen. Für unseren Mandanten war es mehr als errstaunlich, dass, noch bevor die Tinte unter der Anzeige trocken war, der Vorgang von der Staatsanwaltschaft Hanau eingestellt wurde. Der Staatsschutz in Offenbach war zeitgleich in Schöneck mit jüdischen Grabschändungen befasst, die von der Gemeinde Schöneck angezeigt waren. (als Anlage liegt ein Brief des Bürgermeisters Stüve vom 17.12.2008 bei. Ebenfalls hat der Staatsschutz keine Stellung dazu bezogen, dass unser Mandant direkt nach Offenbach zu den zuständigen Personen des Staatsschutzes per Einschreiben am 09.01.2009 einen Bankschliessfachschlüssel der Sparkasse Rügen übersandt hat. Dies ist besonders brisant, da [redacted] unseres Mandanten aus ihrem PKW (Anm.: in Wiesbaden) eben so ein Bankschliessfachschlüssel entwendet wurde (Anm.:man sich also mit dem Bargelddiebstahl in 19 Jahren an drei gesicherten Bankschließfächern bzw. Safes Zugang verschafft hat.) Nunmehr steckt unser Mandant ganz aktuell in dem Dilemma, dass er Grundstücke veräußern muss, um seine von den kreditgebenden Banken geforderten Schulden zu begleichen. Andererseits scheint ihm sogar diese Bemühung nicht gestattet zu sein. Wörtliche wurde bei der Polizei die Anzeige vom 30. 8. 2009 wegen Beschimpfung/Bedrohung durch unseren Mandanten so festgehalten: Juden-Sau, wir werden dich abfackeln, wenn du deine Grundstücke verkaufst. Er (Heimig) kann noch nicht einmal seine Grundstücke verkaufen. Unser Mandant ging bisher nur davon aus, dass er über das Grundstück in Rügen nicht verfügungsbefugt ist. Dies wurde ihm seit 1991 mehrfach von verschiedenen Personen, u.a. dem Bündnis für Rügen nahestehenden Schlägern, übermittelt. Außerdem sind von unserem Mandanten an die VR Bank Main-Kinzig gegebene Sicherheiten (ein Grundstück wurde mit 10.000 qm zu wenig angesetzt) nicht in den Vermögensstatus aufgenommen worden. Hierzu wurde von einem Rechtsanwalt (Fachanwalt für Kreditfragen) am 27.02.2009 ausführlich Stellung genommen. Das Schreiben liegt bei sowie das Schreiben der Bank XXXX vom 20.02.2009 hierzu, die die nicht angesetzten 10.000 qm übergeben hat.. Dies hat unser Mandant auch der Bafin angezeigt, die ihm empfahl wenn er dies wolle - einen Fachanwalt zu der Durchsetzung seiner Rechte zu beauftragen (Anm: ohne 26.01.2010

10 Seite 5 von 7 den Zugriff auf sein Vermögen z.b. 10.000 qm Bauland auf Rügen). Bei dem Amtsgericht Hanau hatte unser Mandant den Diebstahl seines großen Geldbetrages angezeigt. Dort blieb die Anzeige (Anm.: damals durch einen RA der heute Richter am Amtsgericht Hanau ist) zwei Jahre unbearbeitet und trotz Nachfragen ohne Reaktion der Leitenden Oberstaatsanwältin Opitz. Jetzt stehe unser Mandant mit einem Beratungsschein für eine anwaltliche Beratung zur Vermeidung von Pfändungen etc., die ihm von eben diesem Amtsgericht Hanau gemäß Anlage am 20.4.2009 ausgehändigt wurde, da. Für unseren Mandanten stellt sich daher die Frage, wie er weiter

vorgehen soll, wenn ihm in jeder Beziehung die Hände gebunden sind. Nicht nur, dass unser Mandant massiv daran gehindert wurde, in Breege/ Rügen einen Freizeitpark zu errichten, ist er jetzt noch nicht einmal in der Lage seine Grundstücke zur Schuldentilgung zu veräußern. Es stellt sich somit die Frage, wie unser Mandant im konkreten Fall nun weiter verfahren soll, wenn er sein Leben nicht verlieren möchte??? In unserer Anzeige vor bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt am Main, Az: 756 UJS 144 172/04, wegen versuchter Nötigung zum Nachteil von Peter Heimig vom 2.11.2004 wurde eingehend auf die Rolle des Herrn XXXXXX in Verbindung mit Herrn YYYYYY im Fall unseres Mandanten Stellung genommen. Eine CD mit der Anzeige liegt Ihnen bereits vor. Somit würde sich jetzt nach 18 Jahren, der Kreis sich schließen. Am 9. Oktober 1991, einen Tag vor dem Kauf des 2.5 ha Grundstück in Breege, begann die Odysee unseres Mandanten, da an diesem Tag ein Schussattentat auf unseren Mandanten nebst Ehefrau in Breege Juliusruh verübt bzw versucht wurde. Der Täter wurde zwar gefasst, aber umgehend ohne Konsequenz laufengelassen. Es folgten viele nicht nur rechtliche Ungereihmtheiten, u.a. wurde unserem Mandanten vor wenigen Wochen bei dem Attentat in Österreich, bei dem ihm der Arm schwer verletzt wurde, mitgeteilt, [redacted] Dies geschah in Folge zu der Tatsache, dass unser Mandant zwar eine LOI der Fa. Magnat (u.a. Deutsche Bank) vom 28.08.2007 hat, in welcher sein Grundstück auf Rügen auf über 2.5 Mio veranschlagt wurde, er diese LOI jedoch mehrfach genötigt wurde, er jedoch mehrfach genötigt wurde, diese nicht zu verwenden. Die Frage, die sich im Fall unseres Mandanten abschließend stellt, ist doch nach wie vor, wer von den einflussreichen und maßgebenden Politikern auf Rügen hat den Staatsapparat so manipulieren können, dass nicht nur unser Mandant, sondern vor bzw parallel zu ihm, viele Bauvorhaben westlicher Investoren auf Rügen nicht nur vereitelt wurden, sondern die dahinterstehenden Personen allesamt in den persönlichen Ruin getrieben werden konnten. Mit freundlichen Grüßen 26.01.2010

11 Seite 6 von 7 Rechtsanwältin 03.12.2009 Anlagen die dem Brief an Justizminister Hahh beigefügt waren: 1. Anlage FR 23.4.1997 Ich habe eine Botschaft die heißt keine Sicherheit. Eine spezifische Form des DDR Terrors gegen Oppositionelle. Jürgen Fuchs über Zersetzungs Strategien. 2. Schreiben BM Stüve (Schöneck) vom 17.12.2008 (Anbringung Judenstern am Haus von Heimig) 3. Schreiben Voba XXX 20.02.2009 (wg. fehlender 10.000qm Bauland) 4. Schreiben des RA Hahn vom 27.02.2009 (fehlende 10.000 qm Bauland) 5. AG Hanau vom 20.04.2009 (Berechtigungsschein für Beratungshilfe für einen RA wg. Zwangsvollstreckungsabwehr)" -Ende des Schreibens der Rechtsanwälte- ********** Die Anlagen, die zu diesem Brief gehören, können bei mir per E-Mail abgerufen werden. Beachte: Die Hinweise in Klammern und als 'Anm.:' versehen, wurden zum besseren Verständnis nachträglich eingesetzt. ********** Zum besseren Verständnis und um Wiederholungen zu vermeiden www.peter-heimig.com "Es wünsche mir ein jeder was er will - Gott gebe ihm dasselbe noch einmal soviel" Mit freundlichen Grüßen zum Jahreswechsel Peter Heimig (70) "Investor auf Rügen" 1991-2009 im Wahlkreis Merkel vormals Founder of Tax Free Shopping Europe www.peter-heimig.de www.peter-heimig.com www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2093289&em_loc=1231 Frankfurter Rundschau 21.11.2009 'Die geplante Zerstörung des Marco Wehner' (gemobbt, bekloppt, geschasst). Beachte dort Dossier 26.01.2010

12 Seite 7 von 7 Kontakt: heimig@aon.at ; Facebook Peter Heimig uam. 26.01.2010

14 [redacted] RA Dr. [redacted] An die Staatsanwaltschaft beim LG Hanau [redacted] Hanau Karben, den 24/06/2009 Heimig Beratung Verfahren zum Nachteil von Peter Heimig Wegen 242 StGB Az: 9 Ujs 48866/07 (Aktenzeichen bitte stets angeben) Sehr geehrte Frau Oberstaatsanwältin Reckwell, nehmen wir namens und in Vollmacht unseres Mandanten wie in unserem Schriftsatz vom 12.06.2009 angekündigt Stellung. Unser Mandant hat Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Diebstahls eines Geldbetrages über 250.000 am 04.08.07 bei der Staatsanwaltschaft Hanau, zu Händen Frau Oberstaatsanwältin Opitz, per Einschreiben und per Fax gestellt. Da unser Mandant keine Eingangsbestätigung erhielt wiederholte er diese Anzeige nochmals mit Einschreiben und Fax am 14.08.07. Jetzt am 14.05.2009 wurde nunmehr endlich eine konkrete Anzeige unseres Mandanten von PHK Roß aufgenommen. Unser Mandant hat hier nochmals plauslibel dargelegt, wieso er soviel Geld bar im Haus hatte, dass er bis vor kurzen äußerst liquide war und deshalb ohne große Schwierigkeiten einen so hohen Geldbetrag zu seiner persönlichen Sicherheit bei sich bar behalten konnte, [redacted]

15 Zahlungsschwierigkeiten zu kommen. Er hat auch plausibel dargelegt, dass er sein Geld nicht jeden Tag im Tresor gezählt hat, sondern dass er den Tresor zur Aufbewahrung des Geldes wie auch wichtiger Dokumente benutzt hat. So wurde der Tresor regelmäßig aber in meist größeren Abständen von unserem Mandanten geöffnet, um Unterlagen hineinzutun oder zu entnehmen. Sofern Sie bzw Herr Hauptkommisar Roß trotz ausführlicher Befragung von unserem Mandanten zu den Vorgängen der Anzeige an die leitende Oberstaatsanwältin Opitz vom 04.08.07 und 14.08.07 weitere Fragen haben, ist unser Mandant jederzeit gern bereit in jeder Form von Nachforschungen mitzuwirken. Nach seiner Meinung ist die Person, die als Handy-Man in den Akten mehrfach als Täter genannt wird, eine Schlüsselperson. Nachdem unser Mandant am Montag, den 09.02.09 ein Notariat gegenüber des Amtsgerichts in Hanau zwecks Beurkundung aufgesucht hatte, wurde er von diesem Handy-Man mit der aussage konfrontiert: Wir sorgen dafür dass Du Judensau keinen Kredit mehr bekommen wirst! [redacted] Unser Mandant hatte leider erfolglos- versucht ein Phantombild über diesen Täter (Handy-Man) herstellen zu lassen. Hierzu hat er das LKA Mainz kontaktiert, da er dort von einem Zeichner gehört hatte, der extreme Erfolgsraten bei der Herstellung von Phantombildern aus vagen Erinnerungen hatte. Da unser Mandant mehrfach mit eben diesem Handy-Man Kontakt hatte, dies aber jedes Mal in äußersten Streßsituationen, hoffte er dort mit seiner Hilfe ein Phantombild anfertigen zu können. Dies wurde jedoch wegen angeblicher Unzuständigkeit- von dem LKA Mainz abgelehnt. In dem Schreiben unseres Mandanten vom 15.05.09 bzw 20.05.09 in Ergänzung zu seiner Befragung am 14.05.09 stellt unser Mandant ebenfalls noch einmal die 2

16 Problematik dar, dass bereits verschiedene Täter unseren Mandanten in den 20 Jahren wegen des Grundstücks auf Rügen bedroht haben. Dies geht aus meiner Ihnen vorliegenden Anzeige für unseren Mandanten vom 02.11.2004 an die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main, Az: 756 UJS 144172/04 heryor, wie ich aus der Akteneinsicht Ihrer Behörde ersehen konnte. Um Wiederholungen zu vermeiden, bitte ich diese Akte, die ihnen auch als CD vorliegt, einzusehen. Ebenfalls wurde von unserem Mandanten nochmals daraufhin gewiesen, dass bereits Dr. [redacted] (Richter am Amtsgericht Hanau), damals als Rechtsanwalt für unseren Mandanten tätig, auch diesen Zusammenhang hergestellt hat, dem jedoch auch damals nicht nachgegangen wurde. Fest steht, dass nicht nur unser Mandant, der als westlicher Investor aufgrund seiner Investortätigkeit auf Breege Rügen derartigen gehäuften Angriffen ausgesetzt ist, alleine betroffen ist, sondern es vor ihm bereits mehr als einer handvoll westlicher Investoren(wie Dr. Hempel, Familie Neuen uva) genau gleich ergangen ist. Erstaunlich ist, dass sich dennoch bisher keine Behörde veranlasst fühlte, eben dort vor Ort auf Rügen zu ermitteln. Es wurde bereits in sämtlichen angezeigten Verfahren auch die Verfahren der weiteren betroffenen Unternehmer benannt. Es wurde jedoch von keiner Behörde bisher eine Querverbindung und Verknüpfungen der Parallelfälle gezogen, um auffällig gleiche Verfahrensmuster herauszufiltern, die wiederum zu den immer gleichen handelnden Personen im Hintergrund führen. Eine Verdichtung der Zufälle bei

verschiedenen Betroffenen, die immer wieder zu den gleichen handelnden Personen führen, bieten durchaus einen Anlaß zu ermitteln. Wie Sie wissen hat unser Mandant, da er von Frau Oberstaatsanwältin Opitz keine Polizeiaktennummer über den Diebstahl seines Barvermögens erhielt, die als Voraussetzung für die Schadensmeldung bei seiner Versicherung aber gefordert wurde, sich zweimal diesbezüglich an Frau Generalbundesanwältin Harms gewandt. Die entsprechenden Antwortschreiben liegen vor. Er hat auch bei Herrn Fromm, Präsident vom Bundesamt für Verfassungsschutz BfV diese Anzeige aktenkundig gemacht. 3

17 Nunmehr liegen zwischen Anzeige des Diebstahls und der tatsächlichen Bemühung Ihrerseits, in der Angelegenheit zu ermitteln, knapp zwei Jahre. Unser Mandant hat mittlerweile Insolvenz anmelden müssen und seiner Tochter, die für ihn in guten Zeiten Bürge war, wird ihr Vermögen gepfändet, um die Bürgschaften einzutreiben. Unser Mandant wird systematisch ausgeblutet und kann nur hoffen, dass der Insolvenzverwalter mehr Glück bei der Verhandlung mit den Banken hat. Auch dieser Umstand ist in den Parallelfällen der westlichen Investoren allgemein zu verfolgen gewesen, doch unser deutsches Rechtssystem ist nicht in der Lage ehrbare und rechtschaffene Unternehmer in unserem Land vor derartigen kriminellen Machenschaften zu schützen. Besonders bitter ist es, dass unser Mandant seit vielen Jahren anhand der Parallelfälle sieht, wie sein wirtschaftliches Ende kommen wird und trotz seiner angestrengten Bemühungen es nicht verhindern konnte. Letztendlich ist unser Mandant dem endgültigen Ruin durch die Untätigkeit ihrer Behörde anheim gefallen. Auch in dem vorliegenden Fall wird unser Mandant keine Personenangabe mit Vor und Zunamen sowie Adresse angeben können, so dass auch dieses Verfahren wie all die vorherigen im Sande verlaufen wird. Mit freundlichen Grüßen Rechtsanwältin (Sefzig-Klein) 4

19 http://www.hu-marburg.de/homepage/justiz/info.php?id=117

20 Ulrich Brosa 03.10.2006 19:13 Themen: Antifa Repression Die Leitende Oberstaatsanwältin Marburgs Elisabeth Opitz ist nach Hanau versetzt worden. LOStA Opitzens Nachfolger ist hochgradig irregulär: Arndt Peter Koeppen, ein alter Mann, der schon LOStA einer Landeshauptstadt und Justiz-Staatssekretär war. Mitglieder der Staatsanwaltschaft Marburg haben kriminelle Neonazis unterstützt. Die Regierung Roland Koch hat eine Reihe schwerer Justizverbrechen zu verantworten. Ob es gelingt, Staatskriminalität mittels Arndt Koeppen weiterhin unter den Teppich zu kehren, bleibt abzuwarten. Hanau ist die Rumpelkammer für Leitende Oberstaatsanwältinnen aus Marburg. 2003 wurde die damalige Marburger LOStA Dr.Ursula Goedel nach Hanau versetzt. Goedel, die sich in Hanau kaum einarbeiten konnte, 'tritt' nun in den Ruhestand. Ihren Posten bekommt die aktuelle Marburger LOStA Elisabeth Opitz. Sie war in Marburg nur zwei Jahre zu halten. Eine Versetzung von Marburg nach Hanau ist keine Beförderung. Marburg und Hanau sind Kaffs etwa gleicher Größe. Sie unterscheiden sich nur darin, dass in Marburg und drum herum viele wissen: Die deutsche Justiz ist eine Verbrecherbande. Diese Erkenntnis muss sich in Hanau noch durchsetzen. Wer wird neuer LOStA? Den LOStA-Posten in Marburg bekommt NICHT der sogenannte Staatsschutz-Dezernent Oberstaatsanwalt Jörg. OStA Jörg führte die Staatsanwaltschaft Marburg von 2003 bis 2004 kommissarisch, schaffte es aber nicht seine Skrupellosigkeit geschickt genug zu verbergen. Jörg wurde 2004 durch Opitz ersetzt. http://www.beschwerdezentrum.de/_aktuell/brosadab_joerg.html Die Staatsanwaltschaft Marburg gehört zu den kleinen in Hessen. Normalerweise wäre ihre Leitung bestens geeignet um einen jungen, strebsamen Oberstaatsanwalt als LOStA zu testen. Stattdessen wird ein alter Mann LOStA in Marburg. Arndt Peter Koeppen (manchmal "Köppen" geschrieben) hat in seiner Karriere weit höhere Stufen erklommen

21 als die Leitung einer Kaff-Staatsanwaltschaft. Koeppen wurde 1947 in Dresden geboren. Er wechselte vorurteilslos ins aufstrebende Frankfurt am Main und wurde dort Staatsanwalt. Karl-Heinz Koch (CDU), damals Justizminister, Vater des Roland Koch, 'berief' Koeppen 1990 ins hessische Justizministerium. 1991 verlor die CDU die Macht in Hessen. So wurde Koeppen 1993 'berufen' der DDR den bundesdeutschen Rechtsstaat zu bringen, und zwar von Dr. Bernhard Vogel (CDU), dem Ministerpräsidenten von Thüringen. Von 1993 bis 99 war Koeppen LOStA in Gera und danach bis 2001 LOStA sogar in Erfurt. Erfurt ist die Hauptstadt von Thüringen. Bayern mögen sich vorstellen: LOStA in München! Damit nicht genug. Koeppen wurde 2001 Justiz-Staatssekretär, also eigentlicher Justizminister Thüringens. In den Medien kursieren rührende Bilder, die einen gütigen Opa (Arndt Köppen) mit "Thüringens First Lady" (Katharina Althaus) porträtieren. Wann genau und warum Koeppen aufhörte Staatssekretär zu sein, weiß ich bisher nicht. Jedenfalls tauchte Koeppen 2006 in Frankfurt als Staatssekretär a.d. und Vorsitzender des CDU-Stadtbezirksverbandes Bornheim wieder auf. Bornheim ist der Teil Frankfurts a.m., der angeblich die Wolfsangel im Schild führt. Mit zwei spektakulären Fällen war Koeppen als LOStA befasst. 1998 erstach ein Jugendlicher eine Jugendliche, die ihn als "Scheiß-Fascho" bezeichnet hatte. Koeppen bestritt den rechtsextremen Hintergrund der Tat. 2000 wurde ein Anschlag auf die Erfurter Synagoge verübt. Diese Fälle dürften reichen um Koeppen in justiziellen Kreisen das Flair eines Rechtsextremismus-Experten zu verleihen. http://www.nadir.org/nadir/aktuell/1998/03/27/16.html http://www.conne-island.de/nf/67/27.html Warum schiebt der derzeitige hessische Justizminister Jürgen Banzer (CDU), auch ein Freund der Familie Koch, derart schweres Geschütz ins Kaff Marburg? Bei den hessischen Kommunalwahlen am 12.3.1989 erlitt die CDU peinliche Verluste. Hessinnen und Hessen bevorzugten NPD, REPs und kleine Wählergemeinschaften an der rechtsextremen Kante. Als die Hessen-CDU nicht schnell genug auf das "wiedererwachte deutsche National-Empfinden" nach der "Wende" reagierte, verlor sie 1991 auch in Wiesbaden die Macht. Aus derart leidvollen Erfahrungen zogen Roland Koch (CDU) und andere Meisterschüler des Niccolo Machiavelli die Lehre, sie müssten sich hemmungslos bei Neonazis anbiedern. Kochs "Heil Hitler machen ist nur eine Mutprobe" gehört genauso zum Repertoire wie die falschen Statistiken des Polizeiministers Volker Bouffier (CDU), mit denen Bouffier glauben machen will, Rechtsextremismus sei kein Problem in Hessen. Das größte Geschenk an die Neonazis aber war es ihnen große Landesteile als Verbrauchsmaterial zu überlassen. Insbesondere haben Angehörige der Staatsanwaltschaft Marburg durch konsequente Rechtsbeugung und Strafvereitlung zugunsten von Neonazis dafür gesorgt, dass in der Umgebung von Marburg nahezu jedes Dorf mindestens einen schlagkräftigen Neonazi-Verein hat. Die Verelendung der Dörfer ist vergleichbar mit der in Ost-Deutschland.

22 Da Staatsanwaltschaften sowieso mit Rechtsextremen vollgestopft sind, hatte das Justizministerium in Wiesbaden es nicht nötig den Staatsanwälten detaillierte Anweisungen zu erteilen. Es reichte schneidigen StAs freie Hand zu lassen und alle Beschwerden über deren Verbrechen zu unterdrücken. Genau damit hat sich Elisabeth Opitz hervorgetan. Einen ersten Einblick in ihre Leistungsfähigkeit ermöglicht das Anti-Opitz-Flugi http://www.hu-marburg.de/homepage/justiz/info.php?id=117 Was zur Besserung getan werden muss, ist vollkommen klar. Zuerst müssen LOStA Opitz, 'Staatsschützer' OStA Jörg, sein Adjunkt StA Franosch und mehrere andere als Rechtsbeuger raus aus der Justiz. Versetzungen reichen nicht. Falls Banzer meint, sein Wunder-LOStA könne das Problem auf andere Weise lösen, wird er sich schneiden. http://www.althand.de/opifran.html Jedenfalls ist der Kopf dicker als der Hals http://de.indymedia.org/2006/10/158281.shtml

27 1

28 19. April 2005 03.05.2005 AB CD Trotz wirksamen Bebauungsplanes wurde mehr als 8 Jahre eine bauliche Nutzung eines am 6.6.1997 genehmigten Bebauungsplans für bis zu 150 neue Arbeitsplätze auf Rügen versagt. Sachstand: Bebauungsplan Nr. 4 Entwicklung Wirtschaftspark Rüganer -Land Breege Juliusruh Rügen 1. Erschließung durch Ausbau der Allee nach Altenkirchen/Kreisstraße RÜG 3-2

Erschließung durch Schmutzwasserentsorgung 3. Rechtliche Situation Claudia und Peter Heimig, sind Eigentümer (1991) der in der Gemeinde Breege gelegenen Grundstücke Gemarkung Breege Flur 1, Flurstück 52/11, 52/10, 52/12, 51/1 (= 24.699qm) Seit 1991 beabsichtigen wir die Baureifmachung obiger Grundstücke, damit dort Wohngebäude bzw. nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe errichtet werden können. Da nach dem seinerzeit geltenden Bauplanungs-recht solche Vorhaben nicht zulässig waren, hat sich Heimig im Einvernehmen mit der Gemeinde Breege-Juliusruh und auf Grundlage eines städtebaulichen Vertrages, der am 12.06.1996 unterzeichnet wurde, verpflichtet die Aufstellung eines Bebauungsplan für die vorgenannten Grundstücke zu beantragen und die Kosten für dessen Aufstellung zu tragen. 2

29 Die Gemeinde Breege hat am 06.12.1994 für die vorgenannten Grundstücke sowie für den nördlich an die Flurstücke 51/1 und 52/11 grenzenden Bereich des Wieker Weges den Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 4 Mischgebiet an der Allee nach Altenkirchen gefasst. C.+P. Heimig haben sämtliche Planunterlagen für das Bebauungsplanverfahren Nr. 4 erstellen lassen. Der Bebauungsplan trat am 06.06.1997 in Kraft. Ebenfalls im Städtebaulichen Vertrag wurde zwischen Heimig und der Gemeinde Breege vereinbart, dass die Straßenerschließung innerhalb des Bebauungsplangebietes zwar durch Heimig erfolgen wird, die Erschließungslast der Gemeinde zur Anbindung des Bebauungsplangebietes an das gemeindliche Wegenetz hiervon jedoch unberührt bleibt. Die Gemeinde stellte Heimig insoweit auch von etwaigen Erschließungs oder Ausbaubeiträgen frei. Die Schmutzwasserentsorgung sollte über den Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rügen stattfinden. 1. Erschließung durch Ausbau der Allee nach Altenkirchen/ Kreisstraße RÜG 3 Die sog. Äußere Erschließung im Rechtssinne ist gemäß 123 BauGB eine Last der Gemeinden, wenn diese die Erschließungslast nicht erfolgreich auf einen anderen Träger abwälzen konnte, und hat die Aufgabe, die bauliche Nutzung der Grundstücke bzw. des Bebauungsplangebietes zu ermöglichen. 3

30 Wenn die Erschließung die Aufgabe hat, die bauliche Nutzung der Grundstücke zu ermöglichen, so folgt daraus, dass die Erschließungsanlagen mit den übrigen Anlagen ausreichend verbunden sein müssen. Denn eine vollständig ausgebaute Straße allein etwa, ohne Verbindung mit dem übrigen Straßennetz erschließt das Grundstück nicht und macht es nicht nutzbar. Diese Erschließungslast hat die Gemeinde Breege weder auf Heimig noch einen anderen Träger übertragen, so dass die Erschließungslast immer noch bei der Gemeinde liegt. Zur Erschließung des in Rede stehenden Bebauungsplangebietes war es erforderlich die Allee nach Altenkirchen (Kreisstraße RÜG 3) auszubauen. Im Oktober 1996 erklärte die Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Rügen, dass die Allee RÜG 3 für den Landkreis keinerlei Bedeutung habe, ein Ausbau nicht vorgesehen sei und dass vom straßenrechtlichen Anbauverbot eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden würde, wenn die Gemeinde RÜG 3 als Gemeindestraße übernehme. Im November 1996 erteilte der Landkreis eine Ausnahmegenehmigung nach 31 StrGMV und der Gemeinde Breege wurde die Straßenbaulast für den Straßenabschnitt Kreuzung Dorfstraße Breeger-Damm-Umgehungsstraße übertragen. Doch auch nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes 1997 wurden von der Gemeinde keinerlei Anstrengungen unternommen eine Anbindung des Bebauungsplangebietes an die öffentlichen Straßen durchzuführen. Auch die geplante Umstufung der RÜG 3 fand nicht statt. Ein im Dezember 2000 entworfener Antrag auf Übernahme der Straßenbaulast für ein 440 m langes 4

31 Teilstück der RÜG 3 in eine Gemeinde-straße wurde von der Gemeinde schließlich nicht gestellt. Im März 2001 wurde Heimig von der (damaligen) Landrätin Dr. Timmel mitgeteilt, dass die Herstellung von RÜG 3 durch den Landkreis vorgesehen sei, ein Planungsauftrag erteilt und ein Antrag auf Fördermittel beim Land gestellt worden sei. Die Realisierung der RÜG 3 sei für das Jahr 2002 vorgesehen. Die Gemeinde teilte Heimig jedoch einen Monat später mit, dass sie nicht in der Lage sei RÜG 3 auszubauen und, dass der Landkreis ein Teilstück von RÜG 3 möglicherweise selbst ausbauen würde. Daraufhin teilte wiederum der Landkreis mit, dass von einer Abstufung der RÜG 3 Abstand genommen wurde, da insbesondere die Gemeinde Altenkirchen dagegen sei, der Ausbau erfolge jedoch fristgerecht. Trotz wiederholter Nachfrage, wann der Ausbau der RÜG 3 endliche vorgenommen werde, war im Juni 2002 immer noch keine Ausbau in Sicht. Heimig hat daher potenzielle Investoren, die eine Entwicklung des Wirtschaftsparks Rüganer-Land durchführen wollten, verloren. Am 26.06.2002 wurde Heimig von Seiten des Landkreises mitgeteilt, dass das Plangebiet von öffentlichen Straßen zu erreichen und damit erschlossen sei. Der Zustand von RÜG 3 sei nicht zufriedenstellend, jedoch sei ein Ausbau wegen nicht gesicherter Finanzierung unmöglich. Die potenziellen Investoren des Wirtschaftsparks Rüganer-Land sprangen entgültig ab. 5

32 Im Februar 2004 teilte der Landkreis in einer Anhörung des Landes zur Gewährung eines Investitionszuschusses zum Ausbau von RÜG 3 mit, dass aufgrund der desolaten Straßenanbindung das ganze Bebauungsplangebiet unbrauchbar sei. Trotz des genehmigten und wirksam bestehenden Bebauungsplanes ist in einem Zeitraum von 8 Jahren eine Erschließung des Bebauungsplangebietes nicht vorgenommen worden. Erschließung durch Schmutzwasserentsorgung Ebenfalls im städtebaulichen Vertrag vom 12.06.1996 wurde festgelegt, dass das Bebauungsplangebiet Nr. 4 an die zentrale Abwasserversorgung des und Abwasserbehandlung Rügen (ZWAR) angeschlossen wird. Der ZWAR erklärte am 28.03.1996 Heimig gegenüber, dass im Rahmen des 4 BauGB die Erschließung als gesichert anzusehen sei. Das Staatliche Amt für Umwelt und Natur Stralsund (STAUN) erklärte am 25.04.1996 gegen den Bebauungsplan im Rahmen des 4 BauGB keine Bedenken zu haben und, dass das Gebiet über die öffentliche Anlagen des Zweckverbandes zu entsorgen sei. Die Erschließungsplanung wurde wiederum von Heimig übernommen und finanziert. Am 25.11.1998 erklärte sich der ZWAR mit der technischen Erschließungsplanung einverstanden. Der ZWAR erhielt daraufhin vom Landkreis die Genehmigung zur Regenwasserversickerung im Plangebiet, die am 14.09.2001 nach - dem eine Erschließung immer noch nicht möglich war- verlängert wurde. 6

33 Mit Schreiben vom 14.11.2001 bestätigte der ZWAR, dass die Abnahme des anfallenden Schmutzwassers und seine Zuführung zur Kläranlage gesichert sei und es ab 2002 auch hinsichtlich der Abnahmekapazität keine Einschränkungen mehr gebe. Auch die Gemeinde Breege und das Bauamt Wittow stimmten am 11.12.2001 der Erschließungsplanung zu. Am 13.12.2001 bestätigte der ZWAR erneut die Erschließungsplanung und wies auf die Genehmigungspflicht nach 38 LWAG hin. Das Genehmigungsverfahren wurde durch den ZWAR durchgeführt, der jedoch am 26.08.2002 Heimig gegenüber die bereits erfolgte Zusage der Abwasserentsorgung in der Kläranlage Lobkevitz zurücknahm, da angeblich keine ausreichende Kapazitäten für die Schmutzwasserentsorgung vorhanden seien. Es wurde ferner mitgeteilt, dass eine Erweiterung der Kläranlage für 2004 vorgesehen sei, jedoch ohne Fördermittel nicht durchführbar. Da der Bebauungsplan jedoch rechtsgültig sei, sei eine Genehmigung nach 38 LWAG zu erteilen. Das STAUN erklärte am 10.09.2002, dass eine Inbetriebnahme der Abwasseranlagen im Bebauungsplangebiet erst nach Fertigstellung des Ausbaus der Kläranlage möglich sei. Wann ein Ausbau erfolge, sei jedoch unklar. Damit stand fest, dass auch eine Erschließung an die Abwasserentsorgung nicht erfolgen würde. 7

34 Rechtliche Situation Aufgrund der beschriebenen - und bekannten Entwicklungen, hat Heimig Eigentum an Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplanes, der die Grundstücke als Mischgebiet ausweist, faktisch jedoch keine Möglichkeit der Bebauung. Dies bedeutet konkret, dass Heimig die Grundstücke aufgrund fehlender Erschließung durch die Gemeinde bzw. den Landkreis und den ZWAR das Bauland seiner bestimmungsgemäßen Nutzung seit mehr als 8 Jahren nicht zuführen konnten. Die Zielsetzung von Heimig und im Übrigen auch der Gemeinde sah vor, das betroffene Bauland als Wirtschaftspark zu entwickeln und dort eine Anlage für 80

Existenzgründer und 150 Arbeitsplätze zu schaffen. Ferner sollte noch genügend Wohnraum zur Verfügung stehen. Von Heimig wurde dieses Projekt bis zur Entwurfsplanung und daher soweit entwickelt, dass es lediglich noch einer Baugenehmigung bedurfte. Angesichts der Tatsache, dass auf eine Erschließung nicht mehr vertraut werden konnte, sah Heimig jedoch davon ab, zusätzliche finanzielle Mittel in ein Projekt zu stecken, dass von keiner der notwendigen Stellen mehr unterstützt wurde. So wurden aus politisch motivierten Gründen Fördermittel für den Ausbau der RÜG 16 vergeben, die in ihrer Bedeutung weit hinter der RÜG 3 liegt, um eine Erschließung des Wirtschaftsparks Rüganer-Land faktisch zu verhindern 1. 1 Tel. Kuminowski LK- Heimig 13.3.2001 RÜG 3 Der Fördermittelantrag ist auf Förderfähigkeit bestätigt, im Haushaltsplan das Geld sowohl als Eigenmittel vorgesehen Haushalsplan ist im Kreistag beschlossen danach wurde das Geld von Landrätin Kassner PDS für die RÜG 16 verwandt. 8

35 Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes verfügt Heimig über Baurecht im Rahmen der Festsetzung des Bebauungsplanes. Dies bedeutet, dass bei einer möglichen Erschließung eine Baugenehmigung erteilt worden wäre. Ohne eine gesicherte Erschließung war jedoch gewiss, dass eine Baugenehmigung nicht erteilt werden würde. 2 Seit Aufstellung und Genehmigung des Bebauungsplanes 1996 hat Heimig im Vertrauen auf das bestehende Baurecht für die Entwicklung des Projektes erhebliche finanzielle Mittel aufgewendet. Ursächlich für diesen Verlust von Investitionen von Heimig ist die Nichteinhaltung von Heimig gegenüber erfolgten Zusicherungen für die Erschließung von Seiten der Gemeinde, des LK und des ZWAR. Seit Einigung über die Entwicklung des Gebietes im Städtebaulichen Vertrag wurde Heimig unentwegt zugesichert, dass eine Erschließung sowohl zum öffentlichen Straßen und Wegenetz als auch zur Abwasserentsorgung durch den ZWAR gesichert sei. Durch die Ablehnung der Erschließung durch Ausbau von RÜG 3 wurde eine nach allgemeinem Bau- und Bodenrecht an sich zulässige Bebauung verhindert. Dies kommt einer faktischen Bausperre gleich, auch wenn der Eigentümer vom Bauantrag absieht, weil die Handlungen der Behörde diesen als aussichtslos erkennen lässt. Dadurch wurde die Zuführung des 2 Trotz des wirksamen Bebauungsplanes wurde so seit mehr als 8 Jahren eine bauliche Nutzung des Grundstücks faktisch versagt. 9

36 Baulandes zu einer Bebauung bzw. Veräußerung verhindert. Darüber hinaus wurden konkrete Zusagen zur Erschließung an die Abwasserentsorgung nicht eingehalten, obwohl Heimig aufgrund der Erklärungen der Gemeinde und des ZWAR am 14.11.2001 und 18.12.2001 auf eine gesicherte Erschließung vertrauen konnten. Das Verhalten der Träger öffentlicher Belange führte nicht nur dazu, dass ein vielversprechendes und zukunftsweisendes Projekt für die Insel Rügen verhindert wurde, sondern auch dazu, dass sämtliche von Heimig im Vertrauen auf eine Bebauung der Grundstücke und die Entwicklung des Wirtschafts-Parks getätigten Aufwendungen umsonst waren. Siehe u.a. Anlagen: Landkreis an Wirtschaftsministerium 1.8.2002 10

39 Peter Heimig Martin-Luther-Ring 18 D-61137 Schöneck [redacted] Sehr geehrter Herr [redacted] ich habe Ihre E-Mail erhalten. Wir befinden uns tatsächlich in einer misslichen Lage hauptsächlich in Bezug auf unsere leibliche Sicherheit, die nach meiner Meinung nicht gottgewollt ist, wie Sie in dem Schreiben unseres Bürgermeister bzw. in den Salzburger Nachrichten nachlesen können. Zwischenzeitlich geht man von einem Bandenverbrechen aus, soll heißen, die angeblichen Neo-Nazis werden z. Tl. für solche Zersetzungsmaßnahmen instrumentalisiert vgl. Mannichl, der wenige Tage später nach unserer Attacke sogar einem Mordanschlag ausgesetzt war. Zu Ihrer E-Mail werde ich mich noch äußern. Im Moment steht uns deshalb durch akute Bedrohung nach der Diskriminierung als angebliche Juden- Sau, die Ihre Ursache nachweislich auf Rügen hat, die Attacke gegen [redacted] im Vordergrund (s. Anlage Anzeige: gezielter Diebstahl von Schlüssel von P. + C. Heimig sowie Schlüssel [redacted]. Ihnen sind ähnliche Vorgänge aus Ihrer Zeit in Ostdeutschland sicher bekannt und ich bitte um Ihr Verständnis. Hoffentlich wird der Fall Heimig nicht zum Politikum, da die Bedrohung und ihre Folgen scheinbar unwiderruflich in der Presse Eingang gefunden hat und jetzt nur noch die Ursachen nachgelegt werden müssen, die, wie Sie mich vielleicht einschätzen von erster Qualität sind bzw. als i-tüpfelchen der Finanzkrise gerade noch fehlen. Mit freundlichen Grüßen auch an Frau [redacted] Peter Heimig Anlagen: Schreiben Anwältin an Präsident Herrn Fromm BfV Schreiben Anwältin an Oberstaatsanwältin Opitz DVD Deutschland gegen Deutsch DVD...und plötzlich ist das Haus weg ABCDE F

40 2

41 3

42 4

43 5 Dienstag,16.Dezember 2003

44 Kassner löst Rechts- und Kommunalaufsicht auf 6 Geschasste Leiterin sieht Willkür Tür und Tor geöffnet Ab 1. Januar 2004 wird es keine Rechtsaufsicht mehr geben. Landrätin Kerstin Kassner löste dieses Amt gestern auf. Den Kontakt zu Städten und Gemeinden hält dann die Kommunalaufsicht. Bergen Landrätin Kerstin Kassner machte gestern von ihren Direktionsrecht Gebrauch und löste das Amt 30, zuständig für die Rechts- und Kommunalaufsicht auf. Die drei im Rechtsamt beschäftigten Juristen werden ab 1. Januar auf die drei Dezernate der Kreisverwaltung aufgeteilt. Die Kommunalaufsicht wird ab diesem Datum kommissarisch vom derzeitigen Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Bernd Stawinski, geleitet. Die Verwaltungschfin begründete die Maßnahme mit ihrer Unzufriedenheit mit der Amtsführung durch die geschasste Leiterin Felicitas von Mutius. Unter ihrer Regie seien viele Fragen erst zu Rechtsfragen gemacht worden. Gleichzeitig seien die Vorstellungen Kassners nicht umgesetzt worden. Die Entscheidungsfindung sei schon länger gereift. So seien auch zwei Jahre nach ihrem Amtsantritt alte Fälle immer noch nicht weiter abgearbeitet worden. In diesem Zusammenhang nannte die Landrätin etwa die Zusammenführung des Zweckvernades Wittow mit dem Zweckverband Rügen oder das Verschmelzen gemeindeeigener GmbHs in Putgarten. Mit diesem konsequenten Schritt könnten im Vorfeld der Wahlen noch einige offene Dinge geklärt werden. Auch aus der Landesregierung sei Kritik an der Amtsführung der Rechts- und Kommunalaufsicht geäußert worden. Intensiv wurde die Entscheidung gestern Nachmittag im Kreisausschuss beraten. So wurde auch der Personalrat gehört, der der Umsetzung Stawinskis zugestimmt habe, so Kerstin Kassner. Ein Kreistagsbeschluss sei für ihre Entscheidung nicht notwendig gewesen. Allerdings solle sich der Kreistag während der Februar-Sitzung mit dieser Thematik befassen. Sie geht davon aus, dass es in der neuen Kommunalaufsicht zu einer vertrauensvollen Arbeit mit den Städten und Gemeinden kommt. In anderen Landkreisen, etwa in Mecklenburg-Strelitz oder dem Müritzkreis, werde das auch so gehandhabt und dort seien positive Erfahrungen gemacht worden. Ganz anders sieht das die betroffene Amtsleiterin, die künftig dem Beigeordneten Rainer Feit unterstellt sein wird. Auf Nachfrage bestätigte Felicitas von Mutius, dass der Landesrechnungshof lange Bearbeitungszeiten bemängelt habe, dies aber auf eine unzureichende Personalausstattung des Amtes zurückführte. Ansonsten sei dem Amt unter ihrer Regie eine sehr gute Arbeit attestiert worden. Sie fürchtete, dass nach dem Zerbrechen ihres Amtes der Willkür Tür und Tor geöffnet würden. Sie gehe davon aus, dass bei einer so wesentlichen Strukturänderung in der Verwaltung der Kreistag ein Wörtchen mitzureden gehabt hätte. TIMO RICHTER www.ostsee-zeitung.de

45 7 Politik Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.08.1999, Nr. 179, S. 2 www.faz-archiv.de Generalstaatsanwalt Prechtel beklagt Umstände seiner Entlassung "Wie auf der Flucht" / Konflikte mit der PDS / CDU: Willkür F.P. SCHWERIN, 4. August. Der am Dienstag entlassene Generalstaatsanwalt von Mecklenburg- Vorpommern, Alexander Prechtel, hat mit Überraschung auf die Umstände seiner Entlassung reagiert. "Ich habe von nichts gewusst, als ich nach meinem Urlaub nach Schwerin gerufen wurde", sagte Prechtel (CDU) am Mittwoch in Rostock. "In drei Minuten" habe ihm Ministerpräsident Ringstorff (SPD), der zugleich als Justizminister fungiert, die Urkunde überreicht, mit der er in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Anschließend habe er unter Bewachung nach Rostock zurückfahren müssen, um sein Büro zu räumen. Seine Visitenkarten seien eingezogen worden. Er habe sich "wie auf der Flucht" gefühlt und vermisse jede Form von Fairness und Anstand. Ringstorff hatte seine Entscheidung damit begründet, "dass das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Landesregierung und Herrn Prechtel nicht mehr besteht". Neuer Generalstaatsanwalt wurde Uwe Christian Martensen. Der 57 Jahre alte parteilose Jurist war seit 1998 Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Schleswig. Bekannt geworden ist er durch die Leitung des "Lucona"-Prozesses, der mit 310 Verhandlungstagen und Zeugenvernehmungen im Ausland zu einem der großen Strafprozesse der Nachkriegszeit wurde. Seit der Landtagswahl im September des vergangenen Jahres musste Prechtel, der seit 1990 Chefankläger in Mecklenburg-Vorpommern war und die Justiz in dem neuen Bundesland maßgeblich mitaufgebaut hat, damit rechnen, entlassen zu werden. Der Generalstaatsanwalt in Mecklenburg- Vorpommern ist politischer Beamter, darf also durch politische Entscheidungen jederzeit aus seinem Amt entfernt werden. Im September war die erste SPD-PDS-Regierung in einem Bundesland gebildet worden. Vor allem die PDS hatte Prechtel Anfang dieses Jahres heftig kritisiert und ihm vorgeworfen, er führe sein Amt tendenziös und gebe Informationen vor der Zeit an die Presse weiter. Prechtel hatte sich, wie er am Mittwoch sagte, für die Strafverfolgung der vier PDS-Landtagsabgeordneten Caterina Muth,* Kerstin Kassner, Monty Schädel und Barbara Borchardt eingesetzt. Muth hatte einen Ladendiebstahl begangen; *gegen Kassner lief ein Steuerverfahren, das später gegen eine Geldauflage eingestellt wurde. Schädel hatte sich 1989 noch in der DDR zu einem längeren Wehrdienst verpflichtet, weigerte sich aber, in der Bundeswehr zu dienen; er wurde wegen Fahnenflucht zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Frau Borchardt, zu Zeiten der DDR Bürgermeisterin, wurde wegen Nötigung angeklagt, weil sie von einem Ausreisewilligen dessen Haus verlangt haben soll. In den Jahren zuvor habe er sich aber auch in Fällen als unerbittlicher Jurist erwiesen, wenn es um CDU-Abgeordnete, CDU-Landräte oder einen Staatssekretär mit CSU-Parteibuch ging, sagte Prechtel. Vor wenigen Tagen erst hatte der Generalstaatsanwalt gegen den Schweriner Oberbürgermeister Kwaschik (SPD) den Vorwurf erhoben, er habe Haushaltsgelder veruntreut. Im Schweriner Justizministerium hieß es gestern, Ringstorff habe Prechtel nach der Wahl eine Chance geben wollen, sich unter der neuen politischen Konstellation zu bewähren. In der Fraktion der CDU, die seit September als einzige Partei in der Opposition sitzt, wird daran erinnert, daß Ringstorff nach der Wahl erheblich unter Druck gestanden habe; zum einen ging er auf die PDS zu, zum anderen übernahm er selbst das Justizministerium. Ein Mann wie Prechtel sei ein "unabhängiger Kopf, der keine Parteibrille benötige", hieß es am Mittwoch in der CDU- Landtagsfraktion. Ringstorff habe nicht die Größe, mit einem solchen Mann umzugehen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Rehberg nannte Prechtels Entlassung einen "politischen Willkürakt". Erstmals bekannt wurde Prechtels Name, als er 1989 als Pressesprecher des Generalbundesanwalts abgelöst wurde. 1993 war Prechtel kurze Zeit als Nachfolger des Generalbundesanwalts von Stahl im Gespräch, der im Zusammenhang mit den Schüssen von Bad Kleinen entlassen worden war. Auch in seiner Schweriner Amtszeit blieb Prechtel umstritten. Aus Anwürfen, er habe sein Rostocker Haus unredlich erworben und Kontakte zum Rostocker Rotlichtmilieu unterhalten, ging er gestärkt hervor. Seit

46 8 1994, als erstmalig das Justizministerium in der großen Koalition in sozialdemokratische Hand kam, gab es immer wieder Differenzen zwischen Ministerium und Generalstaatsanwalt. Der Richterbund von Mecklenburg-Vorpommern nahm die Entlassung Prechtels derweil mit Befremden auf. In einer Erklärung kritisierte der Vorsitzende des Richterbundes, Reitz, auf diese Weise würden "Spekulationen in der Bevölkerung auch im Hinblick auf Ermittlungsverfahren mit politischem Einschlag Tür und Tor geöffnet". Der Richterbund forderte, Generalstaatsanwälte nicht mehr als politische Beamte zu bestallen. Externe Anmerkung: Die mit * gekennzeichneten Stellen sind im Original-Artikel nicht hervorgehoben. Frau Kerstin Kassner ist zwischenzeitlich Landrätin von Rügen. Siehe im Kontext die Berichterstattung von der Landratswahl Kassner/PDS Pieper/CDU. Gegen Letzteren wurde während der Wahlen ein Ermittlungsverfahren gestartet, welches erst nach der Wahl als gegenstandslos zurückgenommen wurde. Siehe Pressespiegel Wahlen uvm. Der erste Landrat von Rügen Eckfeldt wurde wegen Stasi-Tätigkeit ausgetauscht. Die Landrätin Frau Dr. Timmel/Bündnis für Rügen (BfR) hat nicht wieder kandidiert. BfR hat die Kandidatur von Kassner/PDS begleitet und unterstützt.

47 PDF 10 SED-Vermögen Spiegel-Dossier zum besseren Verständnis: + Hinweise zu Mollath, SPD, Spiegel SED-Vermögen, R2P, Heimig Rügen- Investor und amerikanische Judensau, Monopoly auf Rügen/ Progromly/NSU, Birther Gauck Behörde, Zersetzung. Auf Anfrage bis Widerruf AA BCDEFE EC C C C BC F C BC B B FAA D C C D C C BCF AC B C FB C FB C B C C C C FAC F C B C C C C B C F A C B B D EC CB D B C B BC B C FAA FB CD CF C A F C DB F C C C C BC EC AC D C A C BC B C AC B AC C A CFD B EC AA ABCDE FA B A A B B EE B B F B F B AB E B B E B BABB B A F EE B B B B E B FA B E B A B C BA C B B EA B A B AB CDEFDECFF B C FAC AC BCB C C B C A DB A F B E EE B B B FA B A B C BA C B B B EA B A B F B AE EE A CCC E E FE EF ECFFC A BB C ABF B D C C EC C CFD C BC FC B AF C FF B F A F B EE B B A F B A A B E B B E B B A E AE E D B A B E B A CCC E E FE CCE CECFF C C FB CF C FB BC BA C DB EC FD AC F E B A E E B EE A B B C B AB B AA A AE C AE D B CCC E E FE FE CECFF

48 C C A D A C C BA C EC BC F C BC B B FAA B B B E B B C EE A BA B AEE F A F B B A A B F B B A EE B B D AB B B B B B CCC E E B FE FE CECFF BB Interview D C A CFD C AB B AFF B B BA DB B FF B E CD CCC E E FE C E ECFF FB B C BC D C C B D CD C C C C FB C BC A BB B C D C EC DB A CD C B C A B DF B F B E B B E B F EE B B A AA A B EE B B A BB F E B CAE B C E B B A B FAB E C B CCC E E B FE EF E DD C C B AC C B A BECC D C B A A B DF BAB F B A E F B AE EE A A AB E E FA F B EE B F AB EE B B FF B A B BB F B D B E B AA ABCDE AF AB AE D CCC E E FE EF E DD B C C C B F B AE EE A A F FA E E F B CA B B BCDE F E AB B EE B C B CCC E E FE EF E DD B D A B F C FB C B AB E E A BA B B B A AB B FF B B EE A B A ED B A F B E B B B AE AF B EE A E C A B CCC E E FE EF E DD B C B C C B C BE B B B A A B B C B B EE B B FF B A F A EA B AA B AE F F A B BAB F B A E D B AE B B AB AB B A CCC E E FE F EF E DD B C C AA ABCDE FA B A A B B EE B B F E B A F B FF AE D B CCC E E FE EF E DD B C CB B BD B F F B C B AA A F E E A B B B B A B B F B B F B F B A B AB A B B CA B B B B B B F B D B AB E F B E CCC E E FE F E CE DDF C C FD F C C BF EE B B F B A B EAB F B A FF B B B CCC E E FE CDE FE DDF C CB C F F B B C E E B E B A BCA B AE E A B AC F B EE B B D F C B E AB AB E B B AB A C B B B AF B B A CA E A B A E A B ED CCC E E FE CFEF E DDF C CB A C FB C DB FA B F B B F AE EE A B A B BB A E AB A B B B F AB B B FF E B C B BA AE F C FAE A F B E B F E A F AE B B B BD B A B CCC E E FE

49 DPA FF B B A B E B B B B B A EA FF B B EE B B C B B E B E

50 Der Spiegel Das Milliardenkarussell

51 Zum Thema LINKS: PDF 11 http://www.faz.net/aktuell/politik/abschlussbericht-vorgestellt-nsu-opferkritisieren-untersuchungsausschuss-12542819.html FAZ 22.8.2013 NSU-Opferanwälte kritisieren Untersuchungsausschuss. Institutioneller Rassismus" http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/thueringer- terrorzelle-neonazis-stellten-antisemitisches-monopoly-spiel-her- 11549733.html FAZ 3.12.2011 Neonazis stellten antisemitisches Monopoly-Spiel her Progromly (Nazi Monopoly mit

Gaskammern etc.) Niemand-ist-verantwortlich, Niemand wusste was, Niemand ist zuständig außer goldener Handschlag. http://kommentare.zeit.de/user/peter-heimig/beitrag/2008/11/12/peterheimig-ruegeninvestor-und-%e2%80%9eamerikanischejudensau%e2%80%9c Zeit online: Peter Heimig: Rügen-Investor und Amerikanische Juden-Sau http://www.hronline.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=360 82&key=standard_document_48219611 hr-online Nazis flüchten nach Hanau (Anmerkung und Frage von Peter Heimig: warum nach Frankfurt/M. und Wiesbaden Hanau für die Nazis?, vgl. www.peter-heimig.com) http://www.ovb-online.de/rosenheim/entschaedigung-mollath-gefordert- 3086068.html OVB Entschädigung für Mollath gefordert Anmerkung und Frage von Peter Heimig: Im Fall Mollath und Peter Heimig [redacted] die [redacted] vgl. Heimig fragt bei Birthler/Gauck-Behörde wegen 480 Mio. DM SED-Gelder nach und wird zufällig später von den Behörden mit der geheimen Ferndiagnose aus einer Akteneinsicht erkenntlich mit Wahndelikt und wirres Zeug geführt. Nicht zum Thema: http://www.hu-marburg.de/homepage/justiz/info.php?id=117 Leitende Oberstaatsanwältin Opitz: Durchschlagende Vorkämpferin für Rechte Hanau (Wohnkreis Peter Heimig) A BCD E F F E F C A F F C C C A BC F BF F F F F F C B C C A F C C B C F CF F C F C F A BC F F F F C A BC F CC C C B C C A BC C B B CF F F BF F CC C A F F F F C F F F A F F CF C F C B F C F BF F C C C BF F C F F C B F C C BF A BC C B B F BF BF C C CF C C F F F F C B F C D F C F F F C F F E F F A F F C F F A BC F C F F C F C F F C BC F F C F C F F FC F C C F C F F C BC F C CC CF F F F C F F F B F F F CF C FC F F F F F F C F F F C F C B C C CF C C F F FC C F C F F BC C F F F F FC F C C F C F C F F FC F F F C C B F C F C C C C F F FC F C F C

52 ABCD C EF A B C D C E E E D C D E D E CF EF E D E D CF C CF C D C C C B CF F C CF F C CF F D CF F D F D D C C F C B C C E E CD D CF E C F CB C C F DD B C E E E F D C C F CE C CF C CF C D D E E E E F D B A C C C C C E F ABC DEF E F C F F F AF D F F CBBC B B F B C C F C F CB F BC F F C F F E B A F A DF C AA F F B F B F C F AF CB E F C CC B C C F F B E F F C B BF F F B F FBAE C F CC F CF BF CF B F FB F F CB C F B FC CF F AA F AB B CD B EF F B E A F C F F CF B F AB F B C B C F F AB C F C F B F B F F CB B C F FADE FF F C F F F AF AB C FA F B F C C C F F EF AF F F AF CBBC B F F F F F AF D F FB F FB A F CF F C F A AB F F F B F F F F A A B BC C A C A A F F CC D CB DF CBBC B B C B CF C CFB F C CF F B C F F F B BF BC CC D C C A B C A B BA C CF DF A DF CF AF B BA CDF F F A DF F C F F F F F B F F B B B F B F F B F B C F F F B F C F A FB F F F C F B AA F EF C C A AF F C A F A BCD E F F E F C A F FC C C A BC F BF F F F F F C B C C A F C C B C F CF F C F C F A BC F F F F C A BC F CC C C B C C A BC C B B CF F F BF F CC C A F F F F C F F F A F F CF C F C B F C F BF F C C C BF F C F F C B F C C BF A BC C B B F BF BF C C CF C C F F F F C B F C D F C F F F C F F E F F A F F C F F A BC F C F F C F C F F C BC F F C F C F F FC F C C F C F F F C BC F C CC CF F F F C F F F B F F F CF C FC F F F F F F C F F F C F C B C C CF C C F F FC C F C F F BC C F F F F FC F C C F C F C F F FC F F F C C B F C F C C C C F F FC F C F C ABCADCEA F

53 1 Wochenendausgabe, 01. Juli 2006 Zeitgeschehen Wir haben das alles so nicht gewusst Nur wenige Binzer erinnern sich noch an Bela Kaba-Klein. Der Besitzer des Kurhauses wurde von den Nazis und der DDR enteignet. Spuren im langen Sandstrand von Binz. Kleine und große. Manche sind tief in Steine und Muscheln gegraben. Andere verlieren sich in der Vergangenheit. Wie die von Bela Kaba-Klein, Jude, geboren am 5. Januar 1895 in Budafok bei Budapest, Ungarn. Von 1923 bis 1953 lebte er in Binz auf der Insel Rügen. Am Strand ist er oft gewesen. Der Kaba-Klein war ein verrückter Kerl, hatte Dorothea Kasielke einmal erzählt und sich dabei lachend auf die Schenkel geklopft. Wissen Sie, der hatte eine Sau, mit der ist er immer am Wasser spazieren gegangen. Das Tier hatte eine Leine um wie ein Hund und hörte aufs Wort. Die Leute haben hinterher geschaut und Kaba-Klein hat sich nur amüsiert. So einer war das. Die Binzerin, die inzwischen verstorben ist, war eine der wenigen, die sich ganz genau erinnerte. Kaba-Klein war Besitzer des Kurhauses. Des größten der rund 80 Hotels und Pensionen im mondänen Seebad. Ins Kurhaus, das direkt am Strand liegt, kamen die Hochwohlgeborenen aus ganz Deutschland zur Sommerfrische. Im Ballsaal und in der legendären Kakadu-Bar vergnügten sich die reichen Geschäftsleute. Rundfunkliebling wie Otto Kermbach, Many Ziemer und Bruno Fritz traten hier auf und gaben Konzerte. Die bessere Gesellschaft Norddeutschlands feierte im Kurhaus Hochzeiten und Kindstaufen. Kaba-Klein hatte das erste Haus am Platze 1923 gemeinsam mit drei anderen Juden gekauft. Direktor Abran Lemo, Rechtsanwalt Armin Reichard aus Frankfurt und der Apotheker Eigen Reichard wagten das Risiko trotz Inflation und weltweiter Rezession. Stattliche 165 Millionen Mark zahlten sie der Gemeinde Binz für das Hotel, dessen Unterhalt aus der hoffnungslos verschuldeten Gemeindekasse nicht mehr finanziert werden konnte. Kaba-Klein, der ein gutes Händchen für Geschäfte hatte und ein begnadeter Hotelier war, führte das Haus gemeinsam mit seiner Frau Dora, einer Nichtjüdin. An sie kann sich Helmut Assmann erinnern. Der jetzt 83-jährige Binzer erzählt: Sie war so eine ganz stille Person und jünger als ihr Mann. Immer in der Küche und stets freundlich. Kaba-Klein hingegen war ein großer kräftiger und sehr sportinteressierter Mensch. Der Chef vom Kurhaus kannte jeden und jeder kannte ihn. Er spielte Schach mit den Honoratioren und war Mittelstürmer bei den Arbeitern im Binzer Fussballverein. Sie waren beide so nette Leute, sagte Dorothea Kasielke. Schlimm, was sie später mit ihnen gemacht haben. Helmut Assmann erklärt: Wir haben das ja so alles gar nicht gewusst. Mit dem Machtantritt der Nazis veränderte sich das Klima im einst weltoffenen Seebad spürbar. Schon seit Beginn der 30er-Jahre hatte es vereinzelt Sticheleien gegen Kaba-Klein wegen seiner jüdischen Herkunft gegeben. Jetzt aber wurde aus dem hinter vorgehaltener Hand getuschelten Neid offene Feindschaft. In zunehmendem Maße wurde versucht, das Kurhaus zu 'entjuden'. Alle möglichen Parteiapparate, Reichsministerien und Kommunalabteilungen wurden angesetzt, um Kaba-Klein aus dem Hotel zu vertreiben. 1936 schreibt der Binzer Bürgermeister Heide an die Geheime Staatspolizei in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße: Dass es Jahre gegeben hat, in welchen der Kurort Binz den Ruf eines ausgesprochenen Judenbades genoß. Dieser Ruf wurde nur allzu sehr dadurch noch bestärkt, dass der Kurhausbetrieb in jüdischen Händen sich befand und der Kurhausbesitzer Kaba-Klein keine Rücksicht nahm auf die sittlichen Belange der guten deutschen Volksgenossen.

54 2 Also wurden Maßnahmen ergriffen. Mit dem Gesetz über die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 wurde das Kurhaus arisiert und der darin befindliche Wirtschaftsbetrieb an einen Zwangstreuhänder, die Deutsche Gaststätten-Treuhand GmbH, per Pachtvertrag übergeben. Am 26. Juni 1939 hatte man das Kurhaus an den Stralsunder Kaufmann Otto Fröhling verkauft, der allerdings bald verstarb, wodurch das Hotel wieder an die Gemeinde fiel. Am 18. Juni 1940 erwarben der Berliner Lichtspieltheaterbesitzer Walter Schäfer und seine Ehefrau das Kurhaus für 360 000 Reichsmark. Der Vorgriff auf die XI. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941. Diese Verordnung bestimmte, dass Juden, die im Ausland wohnten oder dorthin ausreisen, die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren und ihr Vermögen damit an den Staat fällt. Die besetzten Ostgebiete galten als Ausland. Ein perfektes Gesetz für Deutsche auf Schnäppchenjagd nach dem, was die jüdischen Nachbarn zurücklassen mussten, bevor sie in den Gaskammern der KZ umkamen. Ein glänzendes Geschäft, an dem sich nicht nur NSDAP-treue Volksgenossen beteiligten. Bei den von den Finanzbehörden veranstalteten Massenversteigerungen herrschte regelmäßig großer Andrang. Die bombengeschädigte Bevölkerung wurde dabei ebenso versorgt wie Firmen und verschiedene Institutionen. Vermögensbeschaffung fürs traute deutsche Heim. Dass an der günstigen Ware das Kainsmal des Massenmordes klebte, störte die braven Bürger wenig. Was aus dem persönlichen Hab und Gut von Kaba-Klein wurde, ist nicht bekannt. Nur daran, dass der Mann irgendwann plötzlich verschwunden war, konnte sich Dorothea Kasielke noch erinnern. Zur Volkszählung im Mai 1939 ist er in Berlin-Charlottenburg, Grolmanstraße 40, bei Familie Tichauer registriert. Die Leute haben später, kurz nach Beginn des Krieges, erzählt, er sei im KZ. Auch, dass er erschossen werden sollte und nur durch Zufall und von der SS unbemerkt überlebte, wurde berichtet, erzählte sie und meinte: Seine Frau hatte wohl eine Zeitlang Unterkunft bei einer Freundin, die sie dann in Sicherheit gebracht hat. Fragen Sie mal die anderen alten Binzer. Bela Kaba-Klein? Da weiß ich nichts, da kann ich gar nichts dazu sagen. Ein Herr, der eben noch freundlich von seiner Jugend in Binz plauderte, wird grantig. Das sind doch alte Geschichten, wer will die noch wissen? Bela Kaba-Klein, ein abgehaktes Leben? 1946 ist er wieder da. Woher er kam, fragt keiner. Kaba-Klein wird von den Russen als Chef des Kurhauses eingesetzt. Eine Klage des arischen Schnäppchenjägers Schäfer auf Rückübertragung des Eigentums wird abgewiesen. Die Hakenkreuzfahnen der treuen Binzer Volksgenossen sind inzwischen auf Speichern versteckt oder im Garten verbrannt

worden. Eine neue Ordnung hält Einzug. Der Arbeiter-und Bauern- Staat. Im Kurhaus sind jetzt Bergarbeiter, Kumpel der Wismut AG aus dem Süden der DDR, untergebracht. Sie machen Ferien an der Ostsee. Kaba-Klein versorgt sie, so gut es eben geht. Er füttert Schweine, um Fleisch für die von Krieg und harter Arbeit abgemagerten Feriengäste zu haben. Ein guter Geschäftsmann und ein mitleidiger Mensch, sagt Irma Klingenberg, die eine kurze Zeit für ihn arbeitete. Sie meint: Genau diese Gutmütigkeit wurde ihm zum Verhängnis. Der Winter 1952-53 ist eisig. Am Strand von Binz schlagen die Wellen hart auf den verharschten Schnee. Stürmische Winde treiben ins Land, als am Morgen des 11. Februar Polizisten ins Kurhaus poltern. Hausdurchsuchung. Seit Monaten hat die SED-Regierung die sogenannte Aktion Rose geplant. Nun soll mit 400 Einsatzkräften die Massenaktion gegen westdeutsche Agenten, Feinde der DDR, Schieber und Spekulanten über die Bühne gehen. An der Ostseeküste werden nahezu zeitgleich und innerhalb von zwei Wochen rund 440 Hotels und Pensionen sowie 181 Gaststätten durchsucht. Stets in der Absicht, Lebensmittel oder sonstige Waren zu entdecken, die in irgendeiner Weise unredlich erworben worden waren oder den Bedürftigen vorenthalten wurden. Die Betroffenen, darunter viele ältere Männer und Frauen, werden auf der Stelle verhaftet und in die Haftanstalt Bützow-Dreibergen gebracht.

55 3 Im Schnellverfahren spricht ein Sondergericht die Urteile. Fast alle Beschuldigten werden zwangsenteignet. Ihr Vermögen fällt an den Staat. Bela Kaba-Klein erhält am 17. April 1953 im Namen des Volkes eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren wegen Sabotage und Wirtschaftsverbrechen. Er soll Schweine mit Kartoffeln gefüttert haben, die eigentlich für die Feriengäste bestimmt waren. Auf Einwohnerversammlungen erfahren die Menschen von den Vorwürfen, die gegen ihn und andere Nachbarn erhoben werden. Die Volksseele kocht. Nieder mit dem zionistischen Großmachtstreben, fordert ein Parteigenosse in der örtlichen Tagespresse. Der Kaba-Klein war uns schon immer suspekt und ein windiger Geschäftemacher, ereifern sich die Gefolgsleute. Unsinn, winkt Helmut Assmann ab. Kaba-Klein war so ehrlich, dass er nicht mal einen verbotenen Bleistift von einem Besuch in Westberlin mitgebracht hätte. Die wollten doch nur an sein Vermögen. Dass so viele Hotels an der Küste und ausgerechnet das exklusive Kurhaus von Binz in privater Hand waren, störte die Mächtigen damals. Das Ziel der Enteignungen war ganz einfach, auf billige Art und Weise an Volksvermögen zu kommen. Assmanns Eltern, die in Binz ebenfalls zu den großen angesehenen Geschäftsleuten gehörten, hatten das Kommende geahnt. Kurz vor der Aktion Rose verließen sie ihr Zuhause und flohen wie Hunderte andere Rüganer bei Nacht und Nebel in den Westen. Dort erhalten sie noch einmal ein Lebenszeichen von Bela Kaba-Klein und seiner Frau. Es kommt per Brief 1957 aus Berlin Friede-nau. Offensichtlich ist der alte und inzwischen gebrochene Mann vorzeitig aus der Haft entlassen worden und ebenfalls in den Westen ausgereist. Er schreibt: Durch meine fürch-terlichen Erlebnisse und meine Krankheit ist alles so verworren in mir. Liebe Freunde, ich habe die Hoffnung nicht verloren, dass es doch noch besser wird. Es wurde nicht besser. Bela Kaba Klein starb am 16. April 1962 in Berlin. Assmanns kamen nach der Wende 1989 zurück nach Binz. Zeitenwandel. Die SED-Parteiabzeichen und Kampfgruppen-Uniformen waren verschwunden. Die Marktwirtschaft hatte Einzug gehalten. Eilig versicherten die Bürger, dass sie eigentlich schon immer gegen die Kommunisten gewesen seien. Die Geschäfte mit alten Akten und neuem Vermögen blühten. Das Kurhaus wurde nach etlichem Trubel von der Treuhand an die Travel Charme Gruppe, eine bundesweite Hotelkette, verkauft. Das Geschäft im ersten Haus am Platze läuft hervorragend. Ein bisschen Luxus, ein bisschen Erinnerung an die gute alte Zeit kommen gut an im Jahr 2006. Am weißen Strand vor dem Binzer Kurhaus sind kleine Spuren in den Sand gedrückt, von Kindern, die lachend in der Sonne spielen, große von Erwachsenen, die im Sand gelegen haben, krakelige Abdrücke von kreischenden Möwen, dicke Rillen von Strandkörben, die an ihren Platz gerückt wurden. Die Spuren von Bela Kaba-Klein sind verschwunden. MANUELA PFOHL Bela Kaba-Klein. Foto: privat

56 1 Politik http://www.seiten.faz-archiv.de Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.02.1997, Nr. 47, S. 5 "Sizilien ist nichts dagegen" Das Hauen und Stechen um Baugrund auf Rügen / Von Dieter Wenz RÜGEN, 24. Februar. Mehr als 24 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung Rügens sind als beschäftigungslos geführt. Wer Verträge über Beschäftigungsgesellschaften, Lohnkostenzuschüsse und andere staatliche Arbeitsmarktprogramme wegrechnet, der kommt auf 44 Prozent Rüganer ohne reguläre Beschäftigung. Die Fischerei auf der größten deutschen Insel hat einmal viertausend Menschen ernährt; es sind noch zweihundert. Von einst 9200 Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft sind 1700 übriggeblieben. Die Nationale Volksarmee gibt es nicht mehr. Von ihr hatten Tausende hier gelebt. Stärkste Partei auf der Insel ist die PDS - mit 28,5 Prozent der Stimmen aus den Kommunalwahlen 1994. Es folgen die CDU (27,7), das Bündnis für Rügen (14,8) und schließlich die SPD, die auf 13,8 Prozent und gerade sieben von 47 Kreistagssitzen kam. Die Cleveren aus DDR-Zeiten machen auch heute das Rennen. Immer wieder geht es auf der Insel um Grund und Boden und also um Bauplätze. Inzwischen werden auf Rügen bis zu 7500 Mark pro bebautem Quadratmeter bezahlt. "Jedes Stück Erde hier ist Goldstaub", sagt Angela Merkel, die Bundesumweltministerin, die hier ihren Wahlkreis hat. In Saßnitz regiert der einzige hauptamtliche PDS-Bürgermeister im Land, Dieter Holtz, der mit seiner Partei 42,9 Prozent der Stimmen erhielt. Vor der Wende war Holtz SED- Betriebskader bei der Saßnitzer VEB Fischfang. Führendes SED-Mitglied im Kreis war auch der Rügener PDS- Fraktionsvorsitzende Bohm. Nunmehr wirkt er als Vorsitzender des Fremdenverkehrsvereins Rügen, des Kreissportverbands und als Besitzer mehrerer gutgehender Geschäfte für Modeartikel und Schuhe - ehedem waren es staatliche HO-Läden, auch einer aus der Sonderreihe "Exquisit" ist darunter. Eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben der Insel spielen die Großagrarier Kind und Böttcher, seinerzeit Vorsitzender der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Zirkow der eine und Chef der LPG "Tierproduktion" Lauterbach der andere. Derlei heißt inzwischen "Agrar GmbH". Auch sie hatten bei der Umwandlung der DDR-Gesellschaften an der richtigen Stelle gesessen. Kind bewirtschaftet heute 2000, Böttcher 1555 Hektar Land. Beide sitzen für das Bündnis für Rügen im Kreistag - eine Allianz aus ehemaligen LPG-Größen, Umweltschützern und Bauern. Aber nicht alle, die heute auf Rügen das Sagen haben, waren auch zu DDR- Zeiten schon in den entsprechenden Positionen. Der Sozialdemokrat Udo Knapp war der letzte Vorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) der Bundesrepublik. Er ist eine Ost- West-Existenz, wie sie in keinem Buche steht: geboren in Altenburg, damals Bezirk Leipzig, jetzt Thüringen. Mit der Mutter war er 1961 im Alter von sechzehn Jahren in den Westen übergesiedelt, hatte studiert und war im SDS aktiv. Dann ging Knapp zu den Grünen.

57 2 Christian Ströbele brachte ihn 1984 mit zur Fraktion nach Bonn. Erfolglos bemühte Knapp sich um eine Bundestagskandidatur. 1990 kehrte er in die DDR zurück, nach Halle. Bei den Grünen hielt es ihn nicht lange, er wechselte zur SPD, zog abermals um. 1994, bei den Koalitionsgesprächen in Mecklenburg-Vorpommern, spielte der Umweltpolitiker eine wichtige Rolle, wie sich damalige Verhandlungspartner von der CDU erinnern. Dann wurde er stellvertretender Landrat der Insel Rügen. Sylt den Rang als erstes deutsches Seebad ablaufen Sein Name tauchte vor kurzem auf der Tagesordnung einer Sondersitzung des Rügener Kreistages auf - "Beratung und Beschlußfassung: Abberufung des Ersten Beigeordneten, Herrn Dr. U. Knapp" hieß es dort. Über Monate hinweg waren Büroverbote, Beurlaubungen und einstweilige Anordnungen ergangen. Das Vorhaben gelang schließlich, nach mehreren Anläufen war die Abwahl vollzogen. PDS und Bündnis für Rügen, die den Mann erst nach vorne gebracht hatten, stellten den Antrag. Am Ende spielte auch die CDU mit. Nun ist die SPD auf der Insel gespalten, und auch die Rügener Einwohnerschaft ist geteilter Meinung. Knapp, den manche auf der Insel nach wie vor den "Kopf von Rügen" nennen, war immer zügiger vorangeschritten. "Wer bei der Regierung Karriere machen will, wer im Berlin des Jahres 2005 erfolgreich Geschäfte tätigen will", sagte er vor kurzem, "der muß sich im Sommer bei uns in Binz an der Promenade sehen lassen." Sylt werde man den Rang des ersten deutschen Seebades ablaufen, Rügen werde "zur Verlängerung des Kurfürstendamms". Nötig sei ein Tourismus der Sonderklasse in intakter Natur. "Denn zu reich, entschuldigen Sie, gehört auch grün." Ohnehin habe sich auf der Insel, "unter Anwälten, Lehrern und Zugereisten", so gab Knapp bekannt, eine neue Gesellschaft herausgebildet. Einheimische wollen bei Zukunft der Insel mitreden Derweil ist Rügen geprägt von verfallenden Gutsanlagen und ebensolchen Dörfern, daneben gehören die Reste einer sozialistischen Ferienkultur zur Sozialstruktur der Region. Wenn hier aus Gründen

des Umweltschutzes nicht Nutzungsänderungen möglich seien, "wenn wir nicht auch einmal einen Stall umbauen können", sagt der langjährige Pfarrer von Middelhagen im rüganischen Osten, Frieder Jelen, "dann zerfällt hier alles". Jelen ist heute Bürgerbeauftragter des Landes Mecklenburg- Vorpommern, nach der deutschen Einigung war er auch Umweltminister für die CDU in Schwerin. Die Einheimischen hatten nach der Wende auf ein Stück vom neuen touristischen Kuchen gehofft. "Ich sehe auch nicht, warum die eine oder andere neue Straße Rügen schaden soll", meldet sich Frau Merkel. Doch Knapp hatte achtzig bis neunzig Prozent Rügens unter Schutz stellen wollen. Überdies biete, so behauptet er, die Insel nur 50000 Menschen Existenz. Das sind fast 30000 weniger, als gegenwärtig dort leben. Knapp hatte Anlaß, von "Haß" zu sprechen, "der mir immer wieder entgegenschlägt". Und so verlaufen jetzt die Fronten auf der Insel: Mit dem "Macher" halten im wesentlichen die Zugereisten, so sieht es der Sozialdemokrat, "und nach der Wende zugezogene und offene Ex-DDR-Bürger", die "ohne ideologische oder lokalbornierte Scheuklappen an der Inselzukunft mitarbeiten". Gegen ihn gewandt haben sich vor allem Einheimische, die möglichst viel von ihrer Insel bewahren wollten. Wenigstens mitreden wollen sie dürfen. "Den Zentralismus", erregt sich der sonst so sanftmütige Pfarrer Jelen, "haben wir lange genug gehabt." Der "Pate von Rügen" ist der Kölner Steuerfachmann Willi Plattes. Nach dem Zusammenbruch der DDR war er übergesiedelt. Auf der Insel gehören ihm nicht nur Liegenschaften, sondern nun auch das Monopol- und Anzeigenblatt "Der Rüganer". Neuerdings soll dieses den Udo Knapp "nicht mehr anschießen", wie man es früher getan hatte. Der SPD- Landesvorsitzende Ringstorff weiß die zündenden Rede-Entwürfe seines Beraters Knapp noch immer zu schätzen: Der Mann soll noch etwas werden im Landtag. Ansonsten werden die längsten Strippen im Rotary-Club gezogen. Die Schweriner Staatsanwaltschaft berichtet von "mafiösen Strukturen" in der Rügener Bauwirtschaft.

58 3 "Sizilien ist nichts dagegen", sagt Friederike von Caprivi. 1991, bei Sellin, hatte sie ein Anwesen ihrer Familie wieder in Besitz genommen; sie ist die Großnichte des Bismarck- Nachfolgers Georg Leo Graf von Caprivi und lebt gewöhnlich in Italien und von der Olivenölproduktion. Die Zustände auf Rügen sind nicht bloß eine Provinzposse. Soziologen würden von strukturellen Verwerfungen sprechen, die Rüganer Landtagsabgeordnete Peters spricht von Hektik, Kälte, Kampf und Intrigen.

62 B CDE F BBBD B CDE E D A A D DA ABC D AA BA CAD BEFA A EF EF CAF F A BA DDA F A DD F AB BB C D A BEFD C EFDB D E D D AD D D D FD D A D AD D D B EFDB D A D D E D AB AD A B A A D C D D D EF D B D D B B A D AB AD A B A F D B C D A B C C D B D D D A B A B E A AD D B B D A D E D AD C D D AD E E D AB AD A B A D A B A C D A D DD AD D C D F D A E D D A D D D C DD D D D B D B DD B D A D D D D D D D A B D A D AB D B A D AD B D AD D A E A A D D D D B D D F AD B CA A A B AB D B D B E D AD B D B D B B B AD D D A E B D A B D D D F D D D B D D D B D D D D AD A D D B D E D E A D D D C D AD AD A D D A D AD AD D D D D D D D D F B D B A D B E DD D D D D D D B AD B B A D AB AD A B A F D B D AD AB A D D A D D D E D AB AD A B A A B A A B D D B D AD AB A B B B D A D A D D AD D D F B B D FD D C D B EFDB D D A F C AD D D AB AD A B A F DD D D B D A

63 B CDE F BBBD B CDE E D A A A D DA D A D B AD A D D A D AD C D D D B D D B A D AB AD A B A A C D D B EFDB D D

64 AA A E F A A E C A B CDEF FFE A A AB AF A F A A BCD CEBB F A A A A ABC D E F B D B B B B B F E A A B B B B B E F B D EB B B E BCD B B AA A A B B BCD

65 AA A E F A A E E BCD B B AA A A B B BCD

Ähnliche Dokumente

Ihre Beiträge auf ZEIT ONLINE. Peter Heimig: Bekloppte Steuerfahnder u. Rügen- Investor mit Wahndelikt! (/9103849-Ihre-beitraege-auf-zeit-online-peter-heimig-bekloppte-steuerfahnder-u-ruegen-investor-mit-wahndelikt.html)

Leserartikel-Blog Ihre Beiträge auf ZEIT ONLINE. Peter Heimig: Bekloppte Steuerfahnder u. Rügen- Investor mit Wahndelikt! Von Pilch 28.12.2009, 17.38 UHR Offener Brief an Justizminister Hahn Sehr geehrte

Mehr (/9103849-Ihre-beitraege-auf-zeit-online-peter-heimig-bekloppte-steuerfahnder-u-ruegen-investor-mit-wahndelikt.html)

http://docplayer.org/9598513-Abcd-c-ef-a-b-c-d-bcc-e-e-a-b-c-def-f-d-abbacd-efa-c-c-c-d-c-def-d-d-e-c-abc-dcad-e.html#show_full_text